



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Verbandsversammlung in Bamberg:

Bezirke und Jugend

Unter dem Motto „Bezirke und Jugend“ tagte in Bamberg die Verbandsversammlung der bayerischen Bezirke. Vor 200 Teilnehmern stellte Verbandspräsident Manfred Hölzlein in seinem Tätigkeitsbericht eingangs heraus, dass im zurückliegenden Jahr vieles erreicht wurde.

Konkret nannte er die Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe, das Rahmenkonzept zu den Werkstätten für Menschen mit Behinderung sowie den Runden Tisch zum Thema „Alter und Kultur“. Wie gut die ambulante Eingliederungshilfe bei den Bezirken in besten Händen liege, zeige sich insbesondere bei der Reform der regionalen Offenen Behindertenarbeit (OBA).

Ein deutliches Wort richtete der Verbandspräsident an die Adresse der übrigen kommunalen Spitzenverbände und der Bayerischen Staatsregierung mit Blick auf die Reform der Hilfe zur Pflege. Dass es hier noch zu keinem für die Bezirke positiven Ergebnis gekommen sei, bedauerte Verbandspräsident Hölzlein.

Bezirke in 2008 ohne Defizit

Die dritte kommunale Ebene halte in dieser Frage bis auf weiteres am Status quo fest. „Wir sagen aber auch, dass wir bereit sind, die ambulante Hilfe zur Pflege zu übernehmen, wenn die

Verbandstag 2009:

Genossenschaften in Bayern - mit Sicherheit stabil

„Mit Sicherheit stabil“ lautet das Motto des 110. Verbandstags des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) am 16. Juli 2009 im Internationalen Congress Center München (ICM). Rund 1.400 Teilnehmern bietet die Veranstaltung ein öffentliches Forum zu finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen.

Als Redner begrüßt der Präsident der bayerischen Genossenschaften, Dr. Stephan Götzl, den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Wirtschaftsminister Martin Zeil. Prof. Wolfgang Wiegand, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, spricht über die Auswirkungen der Finanzkrise und die Stabilität der Wirtschaft. □

Zusammenführung der ambulanten und stationären Aufgaben ein nicht mehr verhandelbares Ziel der Verwaltungsreform ist“, betonte der Verbandspräsident.

Erfreulicherweise konnten die Haushalte der Bezirke im Jahr 2008 ohne Defizite abgeschlossen werden. Dank einer moderaten Hebesatzpolitik stiegen die Hebesätze der Bezirksumlage lediglich um 0,08 Prozent. Im Blick auf das kommende Jahr bedürfe es, so Hölzlein, aber nicht nur der Ausgleichszahlungen nach Art. 15 FAG in Höhe von mindestens 580 Millionen

Euro, sondern eines deutlich darüber liegenden Betrages. Darauf werde er im Namen des Verbandes „mit Vehemenz“ hinarbeiten.

Vielfältiges Engagement

Sozialministerin Christine Haderthauer würdigte in ihrem Festvortrag das vielfältige Engagement der Bezirke im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Es sei von unschätzbarem Gewicht, dass gerade behinderte und/oder benachteiligte junge Menschen in den Bezirken einen starken (Fortsetzung auf Seite 4)

Gesprächsforum der CSU-Landesgruppe:

Sport und Tourismus

Inzell, Ruhpolding, Garmisch-Partenkirchen – drei Orte, in denen in den nächsten Jahren die Weltmeisterschaften im Eisschnelllauf, im Biathlon und die Ski-Weltmeisterschaft stattfinden werden. Drei Orte, die beispielhaft für die Fülle an attraktiven Sportstätten in Bayern stehen. Insgesamt bietet der Freistaat Vielfalt und Abwechslung für Touristen - vom Aktivwandler über den Skifahrer bis hin zum kulturell interessierten Besucher. Bayerns Attraktivität als Sport- und Tourismusstandort gilt es allerdings immer wieder zu beleben. Über die notwendigen Weichenstellungen sprachen Politiker und Experten auf einer Veranstaltung der CSU-Landesgruppe in Inzell unter dem Motto „Sport und Tourismus: Attraktivität Bayerns als Sport- und Tourismusstandort stärken“.

Nach der Begrüßung durch den Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Hartmut Koschyk, machte der Bürgermeister der Gemeinde Inzell, Martin Hobmaier, in seinem Grußwort vor über 120 Gästen darauf aufmerksam, dass der Tourismus als Lebensader der heimischen Wirtschaft viele Berührungspunkte mit dem Sport habe und ein qualitativ hochwertiges Sportangebot unbedingte Voraussetzung für das Bestehen im internationalen Wettbewerb sei.

Großer Wettbewerb

CSU-Landesgruppenvorsitzender MdB Dr. Peter Ramsauer wies seinerseits auf die zunehmende Bedeutung des Sporttourismus hin. „Für den internationalen Spitzensport müssen wir

„Mutmacher“ für die Wintersportorte Inzell, Ruhpolding und Berchtesgaden nannte Ramsauer die Summe von 73 Millionen Euro. Sie werden im Rahmen des Konjunkturpakets II für kommende Spitzensport-Ereignisse zur Verfügung gestellt. Wie wirtschaftlich bedeutungsvoll Großsport-Veranstaltungen sind, wies Ramsauer anhand der jüngsten Biathlon-WM in Ruhpolding nach. Dort sei ein Kaufkraftzufluss von rund 5 Millionen Euro bezeichnet worden. Der Landesgruppenchef hob erneut hervor, wie wichtig der CSU der Einsatz (Fortsetzung auf Seite 4)



Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer feierte unter reger Bürgerbeteiligung beim „Tag der offenen Tür“ in der Münchner Staatskanzlei seinen sechzigsten Geburtstag. Neben vielen Besuchern ließen auch prominente Unionskollegen wie sein Vorgänger Edmund Stoiber und Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Glückwünsche ausrichten. „Nichts Spezielles“ hatte er sich gewünscht, schließlich sei er generell ein „sorgenfreier Mensch“, so Seehofer. □

Im Dschungel der Hilfsmittelversorgung

Jahrestagung der kommunalen Behindertenbeauftragten in Bad Gögging

Der Einladung von Irmgard Badura, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, folgten 37 Beauftragte aus Bayerns Landkreisen, den kreisfreien Städten und Bezirken.

Im Vordergrund der Veranstaltung standen die zahlreichen Probleme und Schwierigkeiten bei der Bewilligung von Hilfsmitteln für Menschen mit Behinderung, die Rollstühle, Kommunikationshilfen, Hör-, Seh- oder Gehhilfen benötigen. Die Irrungen und Wirrungen des Genehmigungsverfahrens sind dabei undurchdringlich und schwierig. Hier brauche es dringend Verbesserungen.

Alltäglicher Kampf

Landauf, landab berichten zum Beispiel Eltern von schwer behinderten Kindern, chronisch-krankte aber auch ältere Menschen von ihrem alltäglichen

Kampf mit Behörden, Krankenkassen und der Pflegekasse.

Die Mutter eines 18-jährigen Sohnes berichtete von ihren Erfahrungen aus dieser Zeit. Dabei betonte sie die Problematik, dass Entscheidungen von Sachbearbeitern ohne medizinische oder therapeutische Kenntnisse getroffen werden. Die langen Wege zwischen dem Antragsteller, dessen Arzt, Therapeuten, Techniker, der Krankenkasse oder dem Medizinischen Dienst scheinen unendlich und voller Mühen. Macheten wurden von vielen Teilnehmern als das geeignete Werkzeug benannt.

Wie kann es sein, dass ein Kleinkind mit einer Fehlstellung drei

Monate auf eine notwendige Bein-schiene warten muss? Eine schwer an Asthma erkrankte Frau das Sauerstoffgerät nicht mehr erleben darf? Die 80-jährige Frau dreimal

„Städte schaffen Integration“

Der Bayerische Städtetag veranstaltet am 15. und 16. Juli 2009 in Mühldorf am Inn seine jährliche Verbandsversammlung. Diskutiert wird über das Tagungsthema: „Städte schaffen Integration“. Erwartet werden rund 100 Gäste aus Europa-, Bundes- und Landespolitik sowie 250 Delegierte der Mitgliedsstädte und -gemeinden. Im Mittelpunkt stehen die Reden des Verbandsvorsitzenden, Oberbürgermeister Hans Schaidinger sowie von Prof. Dr. Ernst Kistler über „Armut, Bildungsdefizite, Migration - Erkenntnisse aus dem 2. bayerischen Sozialbericht“. Anschließend wird auf dem Podium in hochkarätiger Runde u. a. mit Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle diskutiert. □

pro Nacht ihren Mann windeln muss, weil das Inkontinenzmaterial von mäßiger Qualität ist? (Fortsetzung auf Seite 4)

uns mit immer anspruchsvolleren Wettbewerbs-, ja fast Labor-Bedingungen rüsten, damit wir die auch in den schönsten oberbayerischen Orten feststellbaren Übernachtungsrückgänge kompensieren können“, sagte er. Als



Das Büro als flip-flop-freie Zone. Die Vorzimmerperle hält es in punkto Dresscode mit Franz Kafka, der meinte: „Jeder, der sich die Fähigkeit erhält, Schönes zu erkennen, wird nie alt werden.“ Letzlich geht es darum, sich angemessen zu kleiden und nicht sein modisches Empfinden zum Maßstab zu machen. Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Die Sparkassenfamilie auf dem Bayerischen Sparkassentag in Schweinfurt. Von links: Dr. Franz Wirnhier, Rudolf Faltermeier, Dr. Ivo Holzinger, Alois Hagl, Hansjörg Christmann, Dr. Siegfried Naser, Friedrich Schubring-Giese, Dr. Michael Kemmer. Näheres dazu auf Seite 5. □

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtag will mehr mitreden	Seite 2
Krise als Chance zu einer Re-Konstruktion	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Kommunen haben Grund zu Selbstbewusstsein	3
Planungssicherheit durch professionelle Analyse	3
Einbürgerung als Chance	3
Tag der Franken in Bad Windsheim	4
GZ-Fachthemen: Kommunal Finanzen	5 - 7
Abfall · Umwelt	8/9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Bayerische Landesbank:

Landtag will mehr mitreden

Alle Fraktionen fordern Nachbesserung des Regierungsentwurfs zur Änderung des Landesbank- und Sparkassengesetzes

Nach dem Zehn-Milliarden-Einstieg des Freistaats in die krisengeschüttelte BayernLB will der Landtag künftig über deren Geschäfte und Führung mehr Mitspracherecht. Der Haushaltsausschuss beauftragte Finanzminister Georg Fahrenschon, den von der Staatsregierung eingebrachten Entwurf zur Änderung des Landesbank- und Sparkassengesetzes noch mal zu ändern. Es geht darum, die Bank der Neuordnung des Marktes anzupassen und insbesondere eine angemessene Versorgung der Wirtschaft, des Mittelstandes und der öffentlichen Hand sicherzustellen.

Der Landtag müsse stärker eingebunden werden, fasste Ausschussvorsitzender Georg Winter (CSU) zusammen; nicht nur um die Bankgeschäfte zu kontrollieren, sondern auch wenn es um Fusionen, Verkäufe oder Teilverkäufe geht. Alle fünf Fraktionen zeigten sich bei der Ersten Lesung des Regierungsentwurfs in diesem Verlangen einig. Das betrifft vor allem die neue Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Im Regierungsentwurf werden als unmittelbar dem Freistaat zuzurechnende Mitglieder wie bisher als „sachnächste“ Verwaltungsräte Finanz-, Innen- und Wirtschaftsminister aufgeführt. Das Finanzministerium stellt ein weiteres Mitglied. Unverändert sollen ein Vorstandsmitglied einer

bayerischen Sparkasse sowie ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Mitglieder des Verwaltungsrates sein. Erstmals entsendet der Personalrat ein Mitglied. Insgesamt sind es elf. Unter den „Externen“ sind laut Gesetzentwurf solche Personen zu verstehen, die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Bank oder ihrem Vorstand stehen, woraus ein Interessenkonflikt entstehen könnte.

Fusionsforderung

Den Forderungen der Oppositionsfraktionen, dem Landtag einen Sitz im Verwaltungsrat einzuräumen, wollte der Finanzminister nicht folgen. Zwar sei die

Bereitschaft von SPD, Freien Wählern und Grünen zur direkten Mitarbeit durchaus ehrenwert, jedoch müsse die Verantwortung für das Tagesgeschäft der Bank und deren parlamentarische Kontrolle klar getrennt bleiben. Von den Koalitionsfraktionen CSU und FDP gab es vorerst keine konkrete Stellungnahme, wie die stärkere Einbindung des Landtags aussehen soll. Für die Grünen unterstrich Eike Halitzky nochmals die Forderung, die BayernLB schrittweise mit anderen Landesbanken zu einem einzigen Zentralinstitut für den öffentlichen Sektor zusammenzuschließen.

Zukäufe weiter möglich

Klargestellt wird im Regierungsentwurf, dass die Landesbank als Sparkassenzentralbank auch die Belange der Sparkassen zu berücksichtigen hat. Die Möglichkeiten, sich von bestimmten Geschäftsfeldern zu

trennen, Verbindungen mit anderen Kreditinstituten einzugehen oder betriebswirtschaftliche Umstrukturierungen vorzunehmen, werden im Regierungsentwurf flexibler gehalten als bisher. So soll sich die BLB neu positionieren und an der Neuordnung des Bankenmarktes im Sinne der Richtlinien der EU-Kommission teilnehmen können.

Stärkere Haftungsregeln

Die nicht öffentlich tagende Kontrollkommission des Landtags will außerdem wissen, wie der gesetzliche Rahmen weiterentwickelt werden kann, um Verwaltungsräte und Vorstand der BayernLB stärker in Mithaftung nehmen zu können, wenn etwas schief läuft. Die Kommission beauftragte die in solchen Fragen renommierte Anwaltskanzlei Flick, Gocke, Schaumburg, dazu Vorschläge zu machen. Zur Aufarbeitung der Vergangenheit wurde ein Gutachten angefordert, ob und inwieweit die Mitglieder des früheren LB-Führungs- und Aufsichtsgremiums für das Finanzdesaster noch zur Rechenschaft gezogen werden können. Das Gutachten soll spätestens in sechs Monaten vorgelegt werden. **rm**

„Homo-Ehe“ auch auf dem Standesamt

Bayern ändert sein Personenstandsgesetz im Rahmen des Bundesrechts

Ab August können in Bayern auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften von den Standesämtern beurkundet werden. Der Landtag hat dazu das Ausführungsgesetz zum neu gefassten Lebenspartnerschafts- und Personenstandsgesetz des Bundes entsprechend geändert. Bisher mussten in Bayern solche Ehen von einem Notar besiegelt werden.

Der Landtag entschied einstimmig, nachdem die FDP im Koalitionsvertrag mit der CSU im Oktober letzten Jahres eine diesbezügliche Rechtsänderung ausgehandelt hatte. Im Plenum gab es nach den Ausschussberatungen keine Aussprache mehr. Für die FDP sprach Dr. Andreas Fischer außerhalb der Sitzung von einem Stück gelebter Toleranz. Für die Grünen ist die Gesetzesangleichung an das Recht der meisten anderen deutschen Länder das Ende eines peinlichen bayerischen Sonderweges, so Claudia Stamm.

Demzufolge können Schwule und Lesben künftig wählen, ob sie ihre Partnerschaft vor einem Notar oder vor dem Standesbeamten besiegeln wollen - gegebenenfalls auch mit eigenem Namen. Für beide Rechtsverfahren liegt die Registerführung bei den Standesämtern. Sie übernehmen die bisher bei der Landesnotarkammer geführten Lebenspartnerschaftsbücher.

Laut Staatsregierung gibt es in Bayern derzeit rund 3500 solche Partnerschaften. Jährlich werden etwa 400 beurkundet. Die nach Berechnung der Staatsregierung für die Standesämter entstehenden geringen Kosten durch die Änderung werden den Kommunen auferlegt. Die Gebühren beim Standesamt sollen für gleichgeschlechtliche Partnerschaften denen bei Eheschließungen entsprechen. **rm**

Studie zu Einstellungen von Zuwanderern:

Heimisch in Deutschland

Fehlende Anerkennung und Chancengleichheit von Kindern in der Schule
Nur wenige Zuwanderer wollen sich vollständig assimilieren

Zwar will sich nur eine kleine Minderheit der Migranten vollständig in Deutschland assimilieren. Doch die meisten Zuwanderer fühlen sich in Deutschland heimisch und bringen dem deutschen Staat und seinen Institutionen großes Vertrauen entgegen. Zugleich fühlt sich aber fast die Hälfte von ihnen weniger anerkannt als Einheimische und ist überzeugt davon, dass Schüler aus Zuwandererfamilien benachteiligt werden. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung, die vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt wurde.

Die Studie, für die insgesamt 1581 Menschen mit Migrationshintergrund befragt wurden, erlaubt erstmals auch Vergleiche von Einstellungen bestimmter Zuwanderergruppen. Dabei wird deutlich, dass sich türkischstämmige Menschen und Zuwanderer aus Russland weit weniger anerkannt fühlen als Menschen aus anderen Herkunftsländern.

Hohes Vertrauen in staatliche Institutionen

Der Studie zufolge fühlen sich mehr als zwei Drittel der Zuwanderer (69 Prozent) in Deutschland wohl. Die meisten empfinden sich überwiegend als Teil der deutschen Gesellschaft (58 Prozent), nur für fünf Prozent trifft dieses nicht zu. Das Vertrauen von Menschen mit Migrationshintergrund in den Staat und seinen Institutionen ist teilweise deutlich größer als das der Bevölkerung insgesamt: Den Gesetzen vertrauen beispielsweise 80 Prozent der Migranten, in der Gesamtbevölkerung sind es nur 58 Prozent. Auch die Zufriedenheit mit dem Leben in Deutschland ist bei Zuwanderern sehr ausgeprägt: So sind 79 Prozent mit ihrer Arbeit zufrieden und 77 Prozent mit ihrer jetzigen Wohnsituation.

Doppelte Verbundenheit

Aber nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit ihrem Herkunftsländern oder dem der Eltern identifizieren sich Menschen aus Zuwandererfamilien. 41 Prozent fühlen sich Deutschland und ihrem Heimatland gleichermaßen verbunden. Die meisten Zuwanderer empfinden diese doppelte Verbundenheit als Vorteil und sehen keinen Identitätskonflikt. Drei Viertel von ihnen möchten die Werte und Traditionen aus der Herkunftsgesellschaft mit Werten und Traditionen in Deutschland verbinden. Nur eine kleine Minderheit

schnitt. „Die Zufriedenheit der meisten Migranten mit ihrem Leben ist ein positives Signal für das Einwanderungsland Deutschland“, kommentiert Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, das Ergebnis der Befragung. „Integration ist aber kein einseitiger Prozess. Wenn auch noch mehr türkisch- und russischstämmige Zuwanderer sich heimisch in Deutschland fühlen sollen, brauchen sie mehr Anerkennung sowie Chancen, die Zukunft unseres Landes mitgestalten zu können“, so Dräger weiter: „Ohne faire Bildungschancen gelingt weder Integration noch Partizipation.“

Zu wenig Möglichkeiten der Partizipation

42 Prozent der Zuwanderer glauben allerdings, dass Kinder aus Migrantenfamilien nicht die gleichen Chancen wie deutsche Schüler haben. Bei Personen der dritten Generation sind es sogar 52 Prozent. Die Umfrage ver-

deutlicht auch mangelnde Möglichkeiten der politischen Beteiligung: 60 Prozent der Befragten haben bei den kommenden Bundestagswahlen kein Wahlrecht, bei der hier geborenen zweiten Generation aus Zuwandererfamilien sind es sogar 68 Prozent.

Repräsentative Studie

Die quantitative Befragung stützt sich auf 1581 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus der Türkei, der ehemaligen Sowjetunion (bzw. den Nachfolgestaaten Kasachstan, Russland, Ukraine), dem ehemaligen Jugoslawien (bzw. den Nachfolgestaaten Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien, Montenegro, Kosovo, Mazedonien, Slowenien), Polen, Italien, Spanien und Griechenland ab 16 Jahren. Analog zur Definition, die dem Mikrozensus zu Grunde liegt, wurden sowohl ausländische als auch deutsche Staatsbürger befragt, die entweder selbst aus dem Ausland zugewandert sind oder die zwar in Deutschland geboren sind, von denen aber mindestens ein Elternteil nach 1950 aus dem Ausland zugewandert ist. Die Befragung wurde mehrsprachig durchgeführt **dhg**

Kongress zur Sozialen Marktwirtschaft:

„Krise als Chance zu einer Re-Konstruktion!“

Der Kongress „Deutschland hat Zukunft! Markt, Freiheit und Gerechtigkeit“ beschäftigt sich mit dem Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Dieses leidet vor allem aufgrund der schlechten Konjunktur, der Gleichgültigkeit der Politik und dem Missbrauch der Sozialsysteme.

Randolf Rodenstock, Präsident der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., sieht deshalb in der Krise die Chance, Fehlentwicklungen zu beseitigen, die sich in den letzten 60 Jahren eingeschlichen hätten. „Diese Chance dürfen wir nicht versäumen. Deshalb brauchen wir eine ‚Re-Konstruktion‘ der Sozialen Marktwirtschaft“, sagte der vbw-Präsident.

Dazu gehöre etwa der Abbau der überbordenden Bürokratie: „Mittlerweile hindern mehr als 1.900 Gesetze, fast 3.000 Rechtsverordnungen und rund 85.000 Einzelschriften die Unternehmen an einem effizienten Wirtschaften.“ Rodenstock kritisierte auch den ausufernden Wohlfahrtsstaat. „Wir

geben für Soziales mehr als sieben Mal soviel aus als für Bildung - rund 700 Milliarden Euro. ‚Sozial‘ wird in unserem Land damit groß geschrieben, ‚Marktwirtschaft‘ hingegen klein.“ Das Ergebnis sei allerdings alles andere als sozial: Nur die Kurzarbeit verhindere bislang Massenarbeitslosigkeit, und die Staatsverschuldung habe Rekordwerte erreicht.

Chancengleichheit und Wohlstand

Voraussetzung für eine Re-Konstruktion der Sozialen Marktwirtschaft ist laut Rodenstock, dass man ihren Prinzipien - Freiheit, Wettbewerb, Selbstverantwortung, Solidarität und

Eigeninitiative - wieder Geltung verschafft. Zu den Konjunkturprogrammen sieht der vbw-Präsident in der gegenwärtigen Situation keine Alternative. Langfristig müsse man den Staat aber wieder auf solide Beine stellen. Rodenstock würdigte die Soziale Marktwirtschaft zudem als das einzige bisher bekannte System, das Chancengleichheit und Wohlstand für alle schaffen kann.

Globales Ausmaß der Krise

Landtagspräsident a. D. Alois Glück appellierte auf dem Kongress angesichts des globalen Ausmaßes der Krise an die EU: „Mit nationalen Alleingängen oder Sonderpositionen werden wir nichts erreichen. Die Europäer, und speziell wir Deutsche, müssen jetzt Flagge zeigen und ein Konzept entwickeln, das Anreize für ein nachhaltiges und soziales Wirtschaften bietet.“ **□**

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Jugendsozialarbeit an Schulen

Familienministerin Haderthauer will Kommunen auch weiterhin kräftig unterstützen

„Bei Kindern und Jugendlichen müssen im richtigen Zeitfenster die Weichen gestellt werden, sonst gehen Chancen verloren. Deshalb unterstütze ich die bayerischen Kommunen bei ihrer Aufgabe der Jugendhilfe mit dem Förderprogramm Jugendsozialarbeit an Schulen, kurz JaS. Zum Schuljahresbeginn 09/10

fördere ich 44 zusätzliche Stellen, die die Kommunen an ihren Schulen einrichten. 65 neue Schulen werden in die Förderung aufgenommen, an elf Schulen werden bestehende Stellen aufgestockt. Damit fördert der Freistaat kommunale Angebote der Jugendsozialarbeit an 554 bayerischen Schulen. Ein Riesenerfolg für die Chancen- und Bildungsgerechtigkeit!“ erklärte Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer in München. Allein 2009 unterstützte der Freistaat die Kommunen mit 6,84 Millionen Euro für JaS-Stellen. „Damit setzen wir die richtigen Anreize: Die bayerischen Kommunen haben durch diese Hilfe im Bundesvergleich einzigartige Strukturen aufgebaut“, so die Ministerin.

Weiterhin großer Bedarf an Förderung

Haderthauer weiter: „Weiterer Bedarf besteht in ganz Bayern. Mit meinem Konzept ‚JaS 1000‘ wird die Förderung deshalb qualitativ und quantitativ weiterentwickelt: Bis 2019 werden wir 1.000 Stellen in Bayern fördern. Außerdem werden künftig auch Grundschulen, vor allem solche mit einem hohen Anteil von Migrantenkindern, in das Förderprogramm mit aufgenommen.“ Zielgruppe der JaS sind sozial benachteiligte junge Menschen. Die sozialpädagogischen JaS-Fachkräfte kümmern sich als „Scharnier“ zwischen Jugendamt und Schule gezielt um sozial benachteiligte Jugendliche. So können etwa Konflikte im familiären oder schulischen Umfeld früher erkannt und gelöst werden. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wulf-D. Kavasch
86745 Hohenaltheim
am 19.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wilhelm Friedrich
97799 Zeitlofs
am 16.7.

Bürgermeister Jakob Hartl
85405 Nandlstadt
am 18.7.

Bürgermeister Heinz Binder
94142 Fürsteneck
am 18.7.

Bürgermeister
Dr. Matthias Ruhdorfer
82069 Schäftlarn
am 22.7.

Bürgermeister
Anton Rothfischer
93086 Wörth a. d. Donau
am 22.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Elisabeth Kobold
84168 Aham
am 20.7.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Ausbau der Kinderbetreuung:

Planungssicherheit durch professionelle Analyse

Dass auch politische Ziele, auf die sich alle unschwer einigen können, mitunter schwierig zu realisieren sind, zeigt das Beispiel Kinderbetreuung. Die Notwendigkeit bedarfsgerechter Angebote ist ebenso unstrittig wie der Stellenwert hochwertiger Betreuungs- und Erziehungsarbeit in Kindertageseinrichtungen. Diesen politischen Konsens praktisch umzusetzen, liegt unmittelbar in der Verantwortung der zumeist kommunalen Träger. Und genau da wird es schwierig: Denn die Optimierung der Kinderbetreuung setzt zunächst einmal eine der tatsächlichen Bedarfsentwicklung angemessene Planung voraus.

Das Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) als gesetzlicher Handlungsrahmen schreibt zwar eine Bedarfsanalyse vor, die den Kommunen Planungssicherheit liefern soll.

Datengewinnung ist essentiell

Kann eine Gemeinde die schriftliche Befragung der Haushalte mit Kindern organisatorisch

bayerische Gemeinden dem Beispiel Seefelds gefolgt und haben ihre Kinderbetreuungssituation mit professioneller Hilfe vor Ort analysieren lassen.

Fakten statt Bauchgefühl

Rainer Schnitzler, 1. Bürgermeister von Pöcking, bestätigt Wolfram Gums Erfahrungen: „Für Pöcking hat die sehr spezifische Vor-Ort-Untersuchung unter anderem ergeben, dass uns

gestaltung von Defizitvereinbarungen.“ Die eindeutigen Analyse-Ergebnisse der MUC-Consulting-Studie böten nicht nur eine „konkrete Planungsbasis, um unseren angestrebten Betreuungsschlüssel von 1:8 umsetzen zu können“, sondern erledigten unproduktiven Streit im Gemein-



Rainer Schnitzler. □

derat schon im Vorfeld. Dort rede man jetzt „nicht mehr über Bauchgefühle, sondern über Fakten“. Ähnlich fällt Wolfram Gums Fazit aus: „Eine spezifische Vor-Ort-Analyse kann ein wichtiger Baustein sein, um rechtzeitig die richtigen Entscheidungen zu treffen, die für eine möglichst optimale Kinderbetreuung notwendig sind.“

Standortfaktor Familienfreundlichkeit

Auch im Landratsamt Starnberg findet die Initiative ein positives Echo. „Wir unterstützen die Gemeinden natürlich im Rahmen der gesetzlichen Bedarfsanalyse“, erläutert Landrat Karl Roth, „finden es aber außerordentlich begrüßenswert, wenn Bürgermeister darüber hinaus aktiv werden, die Erfahrung und das spezifische Know-how von

Mitmachen und gewinnen:

Volle Transparenz für die Kommune

Bayerische GemeindeZeitung und E.ON Bayern helfen

Optimale Kinderbetreuung ist für jede Gemeinde eine wichtige soziale Aufgabe, planerische Herausforderung und erheblicher Kostenfaktor. Für den Kinderkrippen-Bau stellt der Bund zwischen 2008 und 2013 fast 340 Millionen Euro zur Verfügung, der Freistaat Bayern legt noch einmal 100 Millionen Euro drauf.

Aber nur wer seine Situation und den Handlungsbedarf auf Jahre hinaus exakt kennt, kann zielgerichtet planen und den finanziellen Rahmen des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) optimal nutzen. Nur wenn der tatsächliche Bedarf an weiteren Krippen, Kitas und Horten belegbar bekannt ist, können die ungenutzten 100 Millionen Euro von den Förderkonten abgerufen werden.

Jetzt mitmachen

Einer weiteren Gemeinden bietet E.ON Bayern jetzt die Möglichkeit, ihre Kinderbetreuungssituation professionell analysieren zu lassen. Die maßgeschneiderte praxisorientierte Studie wird von der Unternehmensberatung MUC-Consulting durchgeführt, die dafür ein detailliertes, in der Praxis bewährtes Analyseverfahren entwickelt hat, das die gesetzliche Bedarfsanalyse konkret ausgestaltet und zielführend weiterentwickelt. Wenn Sie die Situation in Ihrer Kommune professionell und kostenfrei untersuchen lassen wollen, dann bewerben Sie sich formlos mit folgenden Informationen:

- ▶ Größe/Einwohnerzahl der Kommune
- ▶ Zahl der vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen
- ▶ Ansprechpartner
- ▶ Liegt Ihnen das Ergebnis der gesetzlich vorgeschriebenen Bedarfsanalyse vor?

Einsendeschluss ist der 31. Juli 2009. Inhaltliche Fragen zur Durchführung beantwortet der Autor der Studie, Stephan Mahlert, MUC-Consulting, Flurgrenzstraße 31 a, 82205 Gilching, Tel: 0172-8321919.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Gewinn kann nicht in bar ausbezahlt werden. □



Wolfram Gums. □

dem tatsächlichen Bedarf entspricht, führte aber auch dazu, dass Seefeld nun ein neues Kinderhaus plant und die katholische Kirche im Ort nun damit beginnt, ebenfalls Krippenplätze einzurichten.

Mittlerweile sind andere

GZ

Kolumne
Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

Wie schnell sich doch die Zeiten ändern! Über mehrere Jahre hinweg waren die Kommunen in der öffentlichen Diskussion in der Defensive, weil sie angeblich nicht auf der Höhe der Zeit und unmodern seien, weil die öffentlichen Verwaltungen nicht schlank und beweglich genug seien, weil die Verfahren zu lange dauerten und weil überhaupt die Privatwirtschaft alles besser könne. „Weniger Staat“ wurde überall als Lösung ausgerufen und den öffentlichen Sektor zugunsten des privaten zurückzudrängen als das Gebot der Stunde verkündet.

Nun, nach einigen Monaten der schlimmsten

Kommunen haben Grund zu Selbstbewusstsein

Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten, die nicht ursächlich durch das Versagen von Behörden und öffentlichen Verwaltungen ausgelöst worden ist, spricht - fast - niemand mehr von Privatisierungen. Heute sind wir z. B. sehr froh darüber, dass die sich in kommunalem Eigentum befindlichen Sparkassen ein wesentlicher Stabilisierungsfaktor im wankenden Finanzsystem sind. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften halten nach wie vor eine riesige Zahl an Wohnungen für breite, vor allem einkommensschwächere Schichten vor, ohne die es vielerorts sicherlich



zu starken Mietpreissteigerungen kommen würde. Unsere Stadtwerke betreiben qualifizierten öffentlichen Personennahverkehr zu erschwinglichen Preisen und versorgen die Bevölkerung mit qualitativ einwandfreiem Trinkwasser, ohne sich daran eine goldene Nase verdienen zu wollen. Gerade in Krisenzeiten wird vielen erst der Wert von kommunalen Unternehmen so richtig bewusst.

Die lange Jahre propagierte Zurückdrängung des Staates und die Privatisierung des öffentlichen Sektors haben sich in vielen Bereichen als Irrweg erwiesen. Die kommunalen Betriebe und Verwaltungen haben bewiesen, dass sie zu mindest bei einer langfristigen Betrachtung nicht nur ihre Berechtigung haben, sondern dass sie viele Aufgaben am besten erfüllen können. Und deshalb überlegen nicht wenige Kommunen, ob sie die in den letzten Jahren durchgeführten Privatisierungen nicht rückgängig machen können. Vielleicht erleben wir sogar eine neue Blütezeit der Kommunalwirtschaft.

Die Kommunen können jedenfalls stolz darauf sein, dass sie mit ihren Verwaltungen und ihren Unternehmungen in schwierigen Zeiten ein Stabilitätsfaktor ersten Ranges sind - und dass sie auch von den Bürgerinnen und Bürgern sehr geschätzt werden. Wir sollten das nicht vergessen, wenn wieder wirtschaftlich bessere Zeiten kommen und die Privatisierer wieder verstärkt auf den Plan treten.

Ihr Gerhard Weber

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung:

Einbürgerung als Chance

Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten in Duisburg

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, hat dazu aufgefordert, offensiver für Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern zu werben. „Für dieses Willkommen brauchen wir auch die Verwaltungen. Sie müssen flächendeckend zu echten Service-Stellen und Integrationsagenturen ausgebaut werden“, erklärte die CDU-Politikerin bei der Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten in Duisburg.

Mehr als 250 Teilnehmer, darunter neben Integrationsbeauftragten aus Kommunen und Ländern auch Vertreter der Ausländerbehörden und der Sozial- und Jugendämter, diskutierten zwei Tage lang zum Schwerpunkt-Thema „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung - Potenziale nutzen, Chancen schaffen“. Erörtert wurden unter anderem Mentorenprogramme für bessere Bildungschancen und für die Förderung junger Migranten während des Studiums. Auch stand die Präsentation erfolgreicher Praxis-Beispiele aus den Bereichen Jugend und Bildung, Wirtschaft und Ausbildung, Verwaltung sowie Kultur im Fokus des Interesses.

Wettbewerb um die besten Köpfe

Böhmer warnte davor, angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise die Integration von Migranten für weniger wichtig zu halten. Gerade in Zeiten der Krise müsse das Thema Integration ganz oben auf der Tagesordnung bleiben. Menschen gut zu integrieren und so den Fachkräftemangel zu bewältigen und den Wettbewerb um die besten Köpfe zu bestehen, sei entscheidend für die Zukunft des Landes.

Zu den großen Herausforderungen in der Integrationspolitik gehöre vor allem das Thema Bildung, das ihr große Sorgen bereite, unterstrich die Integrati-

onsbeauftragte. Um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zu erhöhen, brauche es noch gewaltige Anstrengungen, mahnte Böhmer. Dazu zähle etwa die Sprachförderung in Kindergarten und Schule. Nachdem alle Bundesländer Sprachstandstests eingeführt hätten, komme es jetzt auf die gezielte Förderung an. In diesem Zusammenhang kritisierte Böhmer vorab festgelegte Förderquoten aus finanziellen Gründen. Um schon Kindergärten zu Orten der Bildung zu machen, seien außerdem gut ausgebildete Erzieherinnen notwendig. Zumindest die Leitungskräfte sollten über eine Fachhochschulbildung verfügen, forderte die Politikerin.

Gegen Einstellungsquote

NRW-Integrationsminister Armin Laschet forderte mehr Partizipation von Zuwanderern gerade in kommunalen Verwaltungen. „Die Ämter spiegeln noch nicht die Realität des Landes“, sagte der CDU-Politiker auf der Konferenz. „Deutschland ist keine Olympiamannschaft, die nur aus jungen Männern besteht.“ Auch in den Verwaltungen sei mehr Vielfalt nötig, müsse es Männer und Frauen, Jüngere und Ältere, Deutschstämmige und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geben. NRW bemühe sich etwa darum, mehr Polizeibeamte und Lehrer mit Migrationshintergrund anzuwerben.

Laschet wies darauf hin, dass im Umgang der Behörden mit Zuwanderern „viele im Argen“ liege. Konflikte gebe es oft um den Aufenthaltsstatus, die Förderung von Spracherwerb oder um die Beantragung von Amtshilfe. Die Forderungen von Konferenzteilnehmern, den Kommunen eine Einstellungsquote von 15 Prozent zu empfehlen, wies der Minister zurück. Die Kommunen müssten freie Hand bei der Personalauswahl haben. **DK**

Fachleuten nutzen, um so Planungssicherheit zu gewinnen.“ Die professionelle Analyse der Kinderbetreuungssituation sieht



Karl Roth. □

Roth als Investition in die Zukunft: „Quantitativ angemessene und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote, die es Eltern erleichtern, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer attraktiven kommunalen Infrastruktur.“

Die Bedeutung von Familienfreundlichkeit wird in Zukunft als Standortfaktor eher noch an Bedeutung gewinnen. Sie wird zu einem der Rezepte, mit der Landkreise und Gemeinden auf die demografische Entwicklung erfolgreich reagieren können.“

100 Millionen Euro Fördermittel verfügbar

Welch herausragende Bedeutung das Thema Kinderbetreuung bei den Kommunen hat, bewies im Mai auch ein Aufruf der E.ON Bayern AG. Der Energieversorger bot drei bayerischen Gemeinden an, die Kosten für eine von der MUC-Consulting erstellte maßgeschneiderte, praxisorientierte Bedarfsanalyse zu übernehmen. Innerhalb kürzester Zeit gingen mehr als hundert Bewerbungen aus ganz Bayern ein.

Kein Wunder, ist die Kinderbetreuung auch ein finanzieller Faktor: Weil die Gemeinden in Unkenntnis des tatsächlichen Bedarfs zu wenig Kindergärten, Horte und Kitas bauen, liegen derzeit rund 100 Millionen Euro an dafür vorgesehenen Mitteln ungenutzt auf den Förderkonten des Freistaats. □



v. l.: Eberhard Gienger, Hartmut Koschyk, Georg Hackl, Dr. Peter Ramsauer und Klaus Riegert. Foto: Anton Hötzelperger

Sport und Tourismus...

(Fortsetzung von Seite 1)
für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe ist.

Als „wichtigen ökonomischen Faktor“ bezeichnete auch der ehemalige Leistungssportler und jetzige Vizepräsident des Deutschen Olympischen Sportbundes, Eberhard Gienger, die Bedeutung des Sports. Dieser mache nicht nur Freude, sondern erzeuge auch Umsatz und Wertschöpfungswirkungen. Am Bruttoinlandsprodukt habe die „Querschnittsbranche“ Sport einen Anteil von rund 13,2 Milliarden Euro - eine Summe, die sich unter anderem aus den Anschaffungen von Sport-Ausstattung sowie Geräten und Tickets für Veranstaltungen zusammensetzt. In der Europäischen Union sichere die Sport-Branche zudem 15 Millionen Arbeitsplätze.

Attraktive Angebote

Georg Hackl, Rennrodel-Legende und Kreisrat aus Berchtesgaden, plädierte wiederum dafür, attraktive Sportangebote nicht nur in Ballungszentren, sondern auch für den ländlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Nachdrücklich unterstützte Hackl die Bewerbung Münchens als Winter-Olympiastätte im Jahr 2018.

Im Rahmen einer Diskussionsrunde mit dem Tourismusbeauftragten der Bundesregierung, Ernst Hinsken, der Vorsitzenden des Tourismus-Ausschusses des Deutschen Bundestages, Marlene Mortler sowie dem bayerischen Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer über innovative Tourismusangebote für Bayern herrschte Einigkeit darüber, dass die vielfältige Landschaft beste Chancen für einen Ausbau des Tourismus bietet. Mortler forderte einen Ausbau der Spitzenposition Bayerns. „Bayern ist Reiseland Nummer eins in Deutschland. Es muss seine Stärken als Sportreizeziel daher weiter erkennen, bewerben und fördern“,

erklärte die Tourismus-Ausschussvorsitzende.

Grundsätzlich will die CSU darauf einwirken, dass in der nächsten Legislaturperiode die sporttouristischen Potentiale in Deutschland weiter erschlossen werden und die künftige Bundesregierung eine Untersuchung in Auftrag gibt, die eine Bestandsaufnahme der Chancen, Potentiale und wirtschaftlichen Bedeutung insbesondere des nachhaltigen Sporttourismus und sportlicher Großveranstaltungen durchführt, um auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse eine Stärkung des sportorientierten Tourismusstandortes Deutschland zu erreichen.

Umweltverträglichkeit

Zudem soll mit diversen Anreizen die Entwicklung und Umsetzung neuer und praxistauglicher Lösungen und Modellprojekte unterschiedlichen Charakters von Sport und Tourismus gefördert werden. Dabei sei die Umweltverträglichkeit besonders zu berücksichtigen. Zusammen mit allen Institutionen und Fachbereichen aus Sport und Tourismus sind darüber hinaus Mindeststandards, Qualitätskriterien sowie Fortbildungs- und Umweltstandards für einen sportorientierten Tourismus zu erarbeiten.

Die touristische Vermarktung von in Deutschland stattfindenden internationalen sportlichen Großveranstaltungen müsse insbesondere durch die Deutsche Zentrale für Tourismus, deutsche Kulturinstitute und deutsche diplomatische Vertretungen unterstützt werden. Außerdem sei die Ausrichtung sportlicher Großveranstaltungen in Deutschland weiterhin von der Bundesregierung zu unterstützen und die deutsche Präsenz bei sportlichen Großveranstaltungen im Ausland gezielt auch für die touristische Vermarktung eigener sportlicher Großveranstaltungen in Deutschland zu nutzen. **DK**

Bezirke und Jugend...

(Fortsetzung von Seite 1)
Sachwalter ihrer Anliegen hätten. Ob im Bereich der Förderschulen, der Werkstätten oder anderer Einrichtungen - überall bewiesen die Bezirke ihre in langen Jahrzehnten erworbene Erfahrung und Kompetenz sowie ihre politische Kraft, sich immer wieder für die Schwachen in der Gesellschaft zu Wort zu melden. Für die Bayerische Staatsregierung sagte Haderthauer zu, an der stets konstruktiven und vertrauensvollen Kooperation mit dem Verband und den Bezirken festhalten zu wollen.

Vielfältige Unterstützung

Der erste Vizepräsident des Verbandes der bayerischen Bezirke und oberfränkische Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler verwies darauf, dass der Bezirk Kinder und Jugendliche auf vielfältige Weise unterstütze; so bekämen diese durch die Leistungen der Eingliederungshilfe etwa in der Frühförderung wichtige Impulse für die weitere Entwicklung. Zudem sei kürzlich in Hof eine neue Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie -psychotherapie eingeweiht worden. Darüber hinaus bilde der Bezirk Oberfranken junge Menschen in den Kliniken des Kommunalunternehmens des Bezirks, den Landwirtschaftlichen Lehranstalten oder auch der Lehranstalt für Fischerei aus. Jugendarbeit sei in Oberfranken aber auch eine Eliteförderung. Als wegweisendes Beispiel nannte Denzler hier die Internationale Musik- und Begegnungsstätte des Bezirks, das Haus Marteau in Lichtenberg.

Eingehend auf aktuelle Verbandsfragen bemerkte Denzler, dass es wünschenswert sei, auch bei der Hilfe zur Pflege zu einer Bündelung der Aufgaben zu kommen. Nach ersten Gesprächen im bayerischen Sozialministerium sehe er realistische Chancen, dieses Ziel zu erreichen. Dagegen halte er eine Herabzonung der stationären Hilfe zur Pflege nicht für sinnvoll. Dies würde zu einer Zersplitterung von Zuständigkeiten und damit letztlich auch zu höheren Kosten führen.

Ausgleichsmasse erhöhen

Denzler zufolge liegen auch vor der dritten kommunalen Ebene schwierige Jahre. Der Einbruch der Umlagekraft bei den Kommunen werde die Bezirke im Jahre 2011 massiv treffen. Deshalb müsse der Freistaat Bayern spätestens in zwei Jahren die landesweite Ausgleichsmasse nach Art. 15 FAG deutlich erhöhen. Denn nur auf diese Weise

könnten die finanziellen Folgen für die Bezirke und die Umlagezahler zu einem Teil kompensiert werden.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion sprach die Ministerialdirektorin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, Karolina Gernbauer, von der Notwendigkeit, die ambulante Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie auszubauen und zu verbessern. Während die klinischen Strukturen hier bedarfsgerecht vorhanden seien, gebe es einen weiteren Verbesserungsbedarf insbesondere bei der teilstationären Versorgung. Hier gelte es im engen Schulterschluss zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der dritten kommunalen Ebene nach zukunftsweisenden Lösungen zu suchen, die insbesondere der steigenden Zahl an Hilfesuchenden gerecht werde. Ausdrücklich lobte Gernbauer das vielfältige Engagement der Bezirke auf diesem Gebiet.

Bildungssituation verbessern

Eine umfassende Reform des Bildungswesens sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen an Bayerns Schulen, die eine Förderung aller Kinder nach ihren Fähigkeiten und Neigungen berücksichtigen, forderte der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Bayerischen Landtags, Hans-Ulrich Pfaffmann.

Gerade die Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Familien sei ein Problem, dem sich auch die Bezirke stellen müssten. Das betreffe auch und insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund, deren Anteil in allen Schulen Bayerns steige.

Die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Irmgard Badura, erinnerte an die im März dieses Jahres in Kraft getretene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Darin werde festgeschrieben, Menschen mit Behinderungen eine uneingeschränkte Teilnahme am Leben zu ermöglichen, was insbesondere die Bildungspolitik betreffe.

Tag der Franken in Bad Windsheim:

Ein starkes Stück Bayern

Ministerpräsident Horst Seehofer hat beim „Tag der Franken“ in Bad Windsheim Franken als Region mit eigenem Charakter, eigener großer Geschichte und Tradition gewürdigt. Seehofer: „Franken ist ein starkes Stück Bayern. Was Franken so besonders macht, sind nicht nur seine Kultur mit der Dürerstadt Nürnberg, der Wagnerstadt Bayreuth oder mit Würzburg und seiner Residenz. Das sind auch die leistungsfähige und innovative Wirtschaft Frankens, die hervorragend vernetzten Hochschulen, aber vor allem die Menschen in Franken mit ihrem Engagement, ihrer Tatkraft und ihrem Selbstbewusstsein.“

Boomregion Bayerns

Die Stärke Bayerns liegt nach den Worten Seehofers im Zusammenhalt der Landesteile und der Menschen. Er erinnerte daran, dass Franken mit seinen Erfolgen in den letzten Jahren so manche Region in Deutschland überflügelt hat. So stieg das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1997 und 2007 im Raum Franken um 29 Prozent, in Deutschland hingegen nur um 26 Prozent. Auch die Arbeitslosenquote ist laut Seehofer im Juni 2009 mit 4,4 Prozent in Unterfranken, 5,5 Prozent in Mittelfranken und 5,6 Prozent in Oberfranken im Vergleich zu bundesweit 8,1 Pro-

zent erfreulich stabil. Seehofer: „Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise gilt unser ganzes Handeln den Arbeitsplätzen für die Menschen.“ Die Staatsregierung unterstütze nach den Worten Seehofers gerade auch die frän-

Lebenslanges Lernen

Martina Kobriger, Präsidentin des Bayerischen Jugendrings, stellte ihrerseits fest, dass die Bezirke vieles unternähmen, dem gesellschaftlichen Stigma einer Behinderung oder Benachteiligung junger Menschen entgegen zu wirken. Sie hob die gute Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Jugendring hervor. Dr. Harald Ebert, Leiter der Don-Bosco-Berufsschule in Würzburg, stellte seinen Podiumsbeitrag unter das Leitwort: „Jeder wird gebraucht, niemand darf aufgegeben werden.“ Aus der Sicht des Praktikers im täglichen Umgang mit behinderten oder benachteiligten jungen Menschen sei es unerlässlich, hier eine Strategie des lebenslangen Lernens vorzugeben. Nur dann sei die Förderung der Teilnahme am Arbeitsleben und damit auch am gesellschaftlichen Miteinander auf Dauer von Erfolg ge-



Verbandspräsident Manfred Hölzlein, Sozialministerin Christine Haderthauer und Vizepräsident Dr. Günther Denzler (v. l.) auf der Verbandsversammlung der bayerischen Bezirke. **DK**

krönt. Diesem Anspruch müssten sich gerade auch die Berufsschulen Tag für Tag stellen.

Verbandspräsident Manfred Hölzlein hatte zuvor die vielfältigen Angebote der dritten kommunalen Ebene von der Frühförderung über die Berufsausbildung, von der Kulturarbeit über die Eingliederungshilfe bis hin zur Psychiatrie hervorgehoben. Ob Jugendkulturtage, integrative Jugendarbeit, ob im Bereich der Medienfachberatungen oder der Fachberatungen für Rock, Pop und Jazz - überall setzten die Bezirke Akzente. Auch die Umweltbildung sei ein Schwerpunktbereich jugendspezifischer Angebote.

Lob für Förderschulen

Auf dem Feld der schulischen Hilfen verwies der Verbandspräsident auf das bezirkliche Engagement der Berufsfachschulen, der Schulen für behinderte Kinder und Jugendliche sowie der Schulen für Kranke - etwa jene im Bezirkskrankenhaus Landshut, die derzeit erweitert wird. Besonders hob Hölzlein den Charakter und das Wirken der Förderschulen hervor, die „nicht zu Restschulen degradiert werden dürfen“. Im Gesamtangebot kämen hier auch den Integrationshelfern wichtige Aufgaben zu. Sie begleiteten betroffene Kinder auf dem Schulweg und sorgten dafür, dass diese den Schulalltag so gut wie möglich bewältigen können. **DK**

kischen Regionen tatkräftig, zum Beispiel durch Darlehen aus dem Bayerischen Mittelstandskreditprogramm, durch Fördergelder für die regionale Vernetzung von Wirtschaft, Forschung und Ausbildung, durch hohe Investitionen in die Bildung sowie durch im Ländervergleich sehr hohe Zuwendungen für die gewerbliche Wirtschaft und die Kommunen. **DK**

Im Dschungel...

(Fortsetzung von Seite 1)

Als Sonnenstrahl im Dunkel erscheint daher das gemeinsame Projekt sowohl der AOK Bayern als auch des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) in Bayern. Sie haben ein Konzept initiiert, das mit definierten Standards sowohl die Qualität der Verordnungen als auch des Genehmigungsverfahrens bei der Hilfsmittelversorgung behinderter Kinder deutlich verbessern soll. Im Vordergrund steht dabei eine verbesserte Kommunikation zwischen den am Versorgungsprozess beteiligten Parteien, aber auch Elemente zur Prüfung des Versorgungsergebnisses sind eingearbeitet. Die Verordnung von Hilfsmitteln soll damit erleichtert und individuelle Erfordernisse besser berücksichtigt werden.

Die Beauftragten kamen zu dem Ergebnis, dass damit nur ein kleiner Schritt getan ist. Umfassende zielführende Versorgung mit Hilfsmitteln ist nur gegeben, wenn Mediziner, Techniker, The-

rapeuten und auch die Eltern sowie die Betroffenen selbst im Verfahren gleichberechtigte Partner sind. Bis dahin ist es noch ein schwieriger Weg, den die kommunalen Behindertenbeauftragten gemeinsam mit der Landesbeauftragten begleiten werden.

Austausch und Vernetzung

Den Beauftragten dient das Treffen einerseits zum Austausch untereinander, gleichzeitig werden Projekte aus den Kommunen vorgestellt die als Best-Practice-Beispiele in Bayern wirken. So wurde der Krisendienst Bayreuth/Kulmbach, das Internetportal „Hürdenlos“ aus dem Landkreis Neustadt a. d. Aisch sowie das Bustraining für Senioren aus dem Landkreis Berchtesgaden Land vorgestellt. Die Ärgernisse mit der Deutschen Bundesbahn im Bezug auf den Mobilitätsservice begleiteten die Veranstaltung, eine Teilnehmerin berichtete über den aktuellen Sachstand. **DK**



Bayerische Landessiedlung®
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Gemeinde- und Projektentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Thüngrsheim, Unterfranken
Flächennutzungsplan und Landschaftsplanung
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Bayerischer Sparkassentag in Schweinfurt:

Bestätigtes Geschäftsmodell

Verbandspräsident Dr. Siegfried Naser: „Keine Kreditklemme“
Plädoyer für Landesbankenkonsolidierung

Die bayerischen Sparkassen sind auch nach ihrem weitgehenden Rückzug aus der BayernLB für eine Fusion unter den Landesbanken. „Auch wenn wir unsere Mitgestaltungsmacht an der strategischen Ausrichtung der BayernLB verloren haben, dürfen wir darauf hinweisen, dass Sparkassen weiterhin eines oder mehrere starke Spitzeninstitute brauchen“, stellte der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Siegfried Naser, vor rund 900 Vorstandsmitgliedern, Vertretern der kommunalen Träger, der kommunalen Spitzenverbände und Finanzinstitutionen sowie den Verbundpartnern der Sparkassen-Finanzgruppe auf dem Bayerischen Sparkassentag in Schweinfurt fest. „Wir halten daher eine Landesbankenkonsolidierung nach wie vor für richtig.“ Zuletzt war des öfteren über eine Fusion mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) diskutiert worden.

Die bayerischen Sparkassen sehen sich durch die internationale Finanzkrise in ihrem Geschäftsmodell bestätigt. In den kommenden zehn Jahren könne niemand mehr ernsthaft nach Privatisierung oder Vertikalisierung der Sparkassen rufen. Selbst der kritische Sachverständigenrat zur Begutachtung der

legten die bayerischen Sparkassen bei der Mittelstandsfinanzierung im Jahresverlauf 2008 sowohl bei den Zusagen als auch bei den Darlehensauszahlungen mit einem Plus von mehr als 10 % deutlich zu. Insgesamt konnten Unternehmen und Selbstständige damit durch die bayerischen Sparkassen über 8,3 Milli-

„Das Sparkassenwesen hat sich gerade in der gegenwärtigen Finanzmarktkrise bewährt. Die Bayerische Staatsregierung bekennt sich daher klar zum öffentlichen Auftrag der Sparkassen und zu ihrer öffentlich-rechtlichen Rechtsform. Jeglichen Privatisierungsversuchen seitens der EU-Kommission erteile ich eine klare Absage. Sobald die neue EU-Kommission eingesetzt ist, werde ich mich beim zuständigen EU-Wettbewerbskommissar dafür einsetzen, dass die Kommission ihre ordnungspolitisch verfehlte Position hier überdenkt“, sagte Innenminister Joachim Herrmann.

Verfehlte Position

Die derzeit zuständige EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes hatte sich dahin gehend geäußert, dass das deutsche Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken überholt sei. Herrmann: „Diese Position kann ich nicht nachvollziehen. Die Bedeutung des Geschäftsmodells ‚Sparkasse‘ hat in der Weltfinanzkrise eher zu- als abgenommen. Die Sparkassen stehen für Soziale Marktwirtschaft kontinentaleuropäischer Prägung und nicht für zügelloses, unreguliertes Gewinnstreben nach dem Vorbild amerikanischer Investmentbanken. Grundlage unserer Sparkassenpolitik in Bayern ist daher, dass die Sparkassen keinen Selbstzweck verfolgen, sondern stets einer übergeordneten Zielsetzung verpflichtet sind.“

Öffentlicher Auftrag

Mit der Erfüllung dieses öffentlichen Auftrags sei das Regionalprinzip und damit die dezentrale Unternehmensstruktur der Sparkassen eng verbunden. Dies habe den Vorteil, dass die 75 bayerischen Sparkassen mit ihren über 2.500 Zweigstellen individuelle Entscheidungen vor Ort treffen können. Dabei hätten die Sparkassen vor allem für den Mittelstand eine große Bedeutung: „Gegenwärtig gilt es, die bayerische Wirtschaft in der globalen Finanzmarktkrise zu stützen. Ich gehe davon aus, dass das Konjunkturpaket II des Bundes und unser bayerisches Sonderprogramm zur Stärkung der Konjunktur und des Mittelstandes hier schnell und kraftvoll wirken werden“, hob Herrmann hervor.

Neben einer nachhaltigen Mittelstandspolitik mit guten Standortbedingungen seien aber auch gute Finanzierungsbedingungen entscheidend. Und hier komme den Sparkassen in Bayern eine unverzichtbare Schlüsselrolle zu: Über 30 Prozent der Kredite an Selbstständige würden heute von Sparkassen ausgereicht. Somit profitiere der Mittelstand von dem grundsätzlichen Geschäftsmodell einer Sparkasse, sagte der Innenminister.

Mechanismen verstehen

Prof. Dr. Bernd Rudolph vom Institut für Kapitalmarktfor-

schung und Finanzierung, Ludwig-Maximilians-Universität München, erklärte, die internationale Finanzkrise habe die Dringlichkeit von Veränderungen im Verhalten vieler Finanzintermediäre deutlich gemacht. Die Krise belege aber auch, dass die Ansätze der Regulierung und Kontrolle des Finanzsystems überdacht und verändert werden müssen, wenn die Bankenaufsicht in Zukunft das Eintreten sy-

Gegenentwurf

Nach Auffassung von Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Chief Executive Officer der Roland Berger Strategy Consultants GmbH, bietet die Krise eine weitere Chance für Europa, die weit über die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Monate hinausgeht, denn: „Sie hat gezeigt, dass das amerikanische Managementmodell, das die Welt über viele Jahrzehnte hinweg dominiert hat, in weiten Teilen gescheitert ist und wir jetzt die Chance haben, einen europäischen Gegenentwurf einer überlegenen Unternehmensführung zu positionieren.“

Rückbesinnung

Schwenker zufolge haben die Sparkassen „schon vor der Krise einen guten Job gemacht“. In der Krise würden sie ihrer Verantwortung gerecht, in dem sie das Kreditvolumen nicht nur nicht zurückgefahren, sondern sogar ausgeweitet hätten. Schwenker bezeichnete die Krise vor allem auch als „eine fundamentale Bedrohung all dessen, was wir uns in den letzten Jahren erarbeitet haben. Aber immerhin, sie rückt Dinge gerade, führt zu alten, guten Werten zurück und auf die Stärken, die uns schon einmal stark gemacht haben“. **DK**

Absicherung der Landesbanken:

Nicht auf Kosten der Sparkassen!

Erklärung der kommunalen Spitzenverbände Deutschlands

In einer gemeinsamen Erklärung der kommunalen Spitzenverbände Deutschlands wird ausdrücklich begrüßt, dass die Bundesregierung eine weitere Möglichkeit zur Auslagerung von Risikopositionen auch für Landesbanken schaffen will. Die Kommunen halten es aber für nicht akzeptabel, dass Sparkassen als Eigentümer von Landesbanken und Aktionäre von börsennotierten Kreditinstituten ungleich behandelt werden, wie es der jüngst vom Kabinett verabschiedete Entwurf für ein Finanzmarktstabilisierungsförderungsgesetz vorsieht. Die kommunalen Spitzenverbände fordern deshalb, die Haftungsregeln im Gesetzgebungsverfahren entsprechend zu ändern.

„Um ihre Handlungsfähigkeit sicherzustellen, dürfen die Sparkassen weder überfordert noch benachteiligt werden. Es gibt keinen überzeugenden Grund dafür, dass die Sparkassen als Miteigentümer der Landesbanken für Verluste der Bad Bank voll haften sollen, Aktionäre von Privatbanken dagegen nur auf zukünftige Ausschüttungen verzichten. Wir sehen die erhebliche Gefahr, dass dadurch die Stabilität der Sparkassen sowie ihre Kreditvergabe-möglichkeit für den Mittelstand gefährdet wird“, betonten die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth, der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré, und der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Schramm.

auszuschüttenden Beträge zum Ausgleich von Verlusten der künftigen „Bad Bank“ zu verwenden. Eine weitergehende Mithaftung sei dagegen ausgeschlossen.

Die kommunalen Sparkassen seien ein stabilisierender Faktor in der Wirtschaftskrise und leisteten einen erheblichen Beitrag zur Stärkung des deutschen Finanzsystems. So erfolgte die Risikoabschirmung der Hypo Real Estate und der IKB auch unter Beteiligung der kommunalen Sparkassen. Darüber hinaus schulterten die Sparkassen als Miteigentümer Belastungen aus der Entwicklung bei den Landesbanken in Milliardenhöhe.

Die Sparkassen garantierten mit ihrem Engagement den wirtschaftlichen Erfolg ganzer Regionen und versorgten insbesondere die mittelständische Wirtschaft mit Krediten. Dies dürfe nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, indem ihnen ein Konsolidierungsanteil aufgebürdet wird, der deutlich höher ausfällt als der von Privataktionären“, so die Präsidenten abschließend. **KI.**



Sparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser. □

gesamtwirtschaftlichen Lage habe erklärt, dass sich die Sparkassen - obwohl auch sie Belastungen zu verkraften hätten - mit ihrem breiten Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft in der Krise als „Risiken abschirmend“ und damit „stabilisierend“ erwiesen hätten.

Weniger Gewinn

Die Sparkassen mussten im vergangenen Jahr in Zusammenhang mit der Krise bei der BayernLB 520 Millionen Euro abschreiben. Der Gewinn der Sparkassen sank von 272 Millionen Euro im Vorjahr auf 175 Millionen Euro. Die Landesbank war durch Fehlspekulationen am US-Hypothekenmarkt in den Strudel der Finanzkrise geraten und hatte 2008 einen Verlust von 5,1 Milliarden Euro eingefahren. Der Freistaat hatte die Bank daraufhin mit rund zehn Milliarden Euro stützen müssen. Da sich die Sparkassen nicht daran beteiligten, sank ihr Anteil an der BayernLB von 50 auf rund 6 Prozent.

Wie Naser weiter ausführte,

arden Euro an neuen Kreditmitteln verfügen. Auch im Jahr 2009 setze sich dieser Trend fort: Bis zum April dieses Jahres seien die Kreditzusagen um 6,7 % und die Auszahlungen um 6,2 % an Unternehmen und Selbstständige gestiegen. „Bei uns gibt es also keine Kreditklemme“, folgerete der Sparkassenpräsident.

„Leben findet Innenstadt“

Die bayerischen Sparkassen haben 2008 rund 160 Mio. Euro an Existenzgründungsdarlehen an 1.730 Existenzgründer ausgegeben und damit mitgeholfen, 5.000 bis 7.000 neue Arbeitsplätze in Bayern zu schaffen. Die Sparkassen sehen sich Naser zufolge auch in der Mitverantwortung, die Kommunen in dem Bemühen zu unterstützen, die Städte weiterhin attraktiv zu gestalten. Mit dem Modellvorhaben „Leben findet Innenstadt“ habe das Bayerische Innenministerium wichtige Akzente gesetzt, die von den Sparkassen nachhaltig mitgetragen werden. Im Modellvorhaben waren bereits zehn bayerische Sparkassen beteiligt.

Sparkassenmedaille in Gold an Landesobmann Alois Hagl

Anlässlich des Bayerischen Sparkassentages in Schweinfurt erhielt der scheidende Landesobmann Alois Hagl die höchste Auszeichnung der bayerischen Sparkassen: die Sparkassenmedaille in Gold. Wie der Geschäftsführende Sparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser bei der Verleihung erklärte, bedankten sich die bayerischen Sparkassen damit für Hagls herausragende Verdienste um die bayerische Sparkassenorganisation. **DK**

Sparkassen-Finanzgruppe

Wir kennen nicht nur jeden, der uns sein Geld anvertraut. Sondern auch jeden, dem wir Geld anvertrauen.

Sparkassen betreuen ihre Kunden vor Ort zumeist seit vielen Jahren. Dadurch können sie Kredite an Unternehmen sowie Privatkunden mit Augenmaß vergeben. Denn Sparkassen wollen, dass ihre Kreditnehmer die Belastungen auch tragen können und in der Lage sind, das Geld zurückzuzahlen. Mit diesem soliden Geschäftsmodell tragen sie wesentlich zu stabilen Verhältnissen in den Regionen bei.

Dem Wohlstand ihrer Region und den dort lebenden Menschen verpflichtet: die Sparkassen. Gut für Sie – und gut für die Region.

„Guten Bankberater?“
„Buch heute noch sicher?“
„Wo bekomme ich eine ...?“
„Mit welcher Anlagestrategie erziele ich die beste Rendite?“
„... faire Rendite?“
„... Finanzsektor wieder erholen?“
„... unter meinem ... sichersten?“
„... er eine gute Rente?“
„... lageform ist für mich am besten?“
„... nzkrise umgehen?“

Antworten zur Finanzkrise.
Stellen Sie uns jetzt Ihre Fragen – in Ihrer Sparkasse oder online unter www.gutfuerdeutschland.de

„... ch mit meiner Altersvorsorge um?“
„... en guten Bankberater?“
„... auch in 20 Jahren noch was wert?“
„... Wird sich der Finanzsektor wieder erholen?“

Neues Kundenbindungskonzept

Hotel Bayern Vital mit Mehrwert für Mitarbeiter der Sparkassen-Finanzgruppe und für Sparkassenkunden

Sparkassenkunden und Mitarbeiter der Sparkassen-Finanzgruppe erhalten je Übernachtung mit Halbpension im Hotel Bayern Vital, Bad Reichenhall, einen Rabatt von 15 Euro, sofern eine Kontoverbindung zu einer Sparkasse besteht. Als Nachweis dienen Giro-/EC-/Kreditkarte oder die Vorlage eines entsprechenden Kontoauszuges. Zusätzlich wird für die Mitarbeiter der bayerischen Sparkassen und Verbundpartner ein vierprozentiger Preisnachlass angerechnet. Mit diesem Mehrwert positioniert sich das Freizeit- und Familienhotel im Sommer 2009 als preiswertes Urlaubsdomizil inmitten der Berchtesgadener Alpen.

Für Sparkassen, Verbundpartner und sonstige Einrichtungen bietet das Hotel Bayern Vital darüber hinaus ganzjährige preisgünstige Wochenpauschalen für Betriebsjubilare an (sechs Übernachtungen/HP für zwei Erwachsene kosten dann nur 399 Euro). Voraussetzung ist, dass die Bezahlung über den Arbeitgeber erfolgt. Das Hotel Bayern Vital versteht sich darüber hinaus auch als gesellschaftlicher Treffpunkt für Tagungen, Seminare, Familienfeiern und Betriebsfeste.

Erleben und Wohlfühlen

Es gibt nur wenige Orte in Europa, an denen Natur, Kultur, Sport und Gesundheit so nah zusammen liegen. Eingebettet in die grandiose Kulisse der Berchtesgadener Alpen und in der Nachbarschaft der Weltstadt Salzburg befindet sich das Hotel Bayern Vital der bayerischen Sparkassenorganisation. Das Vier-Sterne-Haus versteht sich weniger als reiner Anbieter von Unterkunft und Verpflegung im Umfeld imposanter Bergkulissen, sondern versucht vielmehr durch Erlebnis- und Wohl-

fühlaktionen den Aufenthalt für die Gäste so angenehm und abwechslungsreich wie möglich zu gestalten. Mit dem neuen Mehrwert- und Preiskonzept wird zugleich die Bindung zu Sparkassenkunden und Mitarbeitern gestärkt.

Lohnende Reise

2009 feiert Bad Reichenhall das 850-jährige Jubiläum mit vielen Festlichkeiten. Die Stadt blickt auf eine über 4000 Jahre alte Salzgeschichte zurück. Eine Geschichte, die überall im Ort erlebbar und spürbar ist. Eine Reise in die Kurstadt lohnt sich auf jeden Fall. Das Hotel ist in ruhiger Lage nahe der Rupertus-Therme gelegen und verfügt über 89 gut ausgestattete Zimmer, ein gepflegtes Restaurant und eine ansprechende Lounge auf der Panorama-Dachterrasse.

Kultur, Wellness und kulinarische Genüsse vereint das Sommer-Special „Der Thumsee brennt“ vom 9. bis 12. Juli 2009. Im Preis von 195 Euro pro Person sind drei Übernachtungen, Frühstück, zwei Mal Halbpension, ein Drei-Gang-Menü, die Eintrittskarte zum

Sommernachtskonzert am Thumsee inklusive Transfer sowie eine Hot-Stone-Massage enthalten. Das Pauschalangebot „Wanderfreunde“ (vier Ü/HP) kostet 190 Euro pro Person und gilt bis Ende Oktober. Familien (zwei Erwachsene und zwei Kinder) können ganzjährig sechs

DSGV-Präsident Haasis zur Finanzmarktstabilisierung:

Für Sparkassen keine neuen Haftungspflichten

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) hat sich dagegen ausgesprochen, Sparkassen über die heutigen Verpflichtungen hinaus neue Haftungsverpflichtungen zur Finanzmarktstabilisierung aufzuerlegen.

„Die Sparkassen sind die stabile Säule im deutschen Finanzmarkt. Sie brauchen keine Staatshilfe, sondern zahlen in Milliardenhöhe Steuern. Und sie gewährleisten die Kreditversorgung der Unternehmen. Die Sparkassen werden aber überfordert, wenn man sie jetzt über ihre übernommenen Pflichten hinaus noch weitergehend für Landesbanken in Anspruch nehmen will“, sagte Heinrich Haasis, Präsident des DSGV.

Die Sparkassen, so Haasis, hätten Verständnis dafür, dass der Bund möglichst keine Lasten bei Landesbanken tragen wolle. Deshalb habe man vorgeschlagen, die betroffenen Banken selbst entstehende Lasten aus künftigen ausschüttungsfähigen Gewinnen abarbeiten zu lassen.

Ü/HP ab 479 Euro buchen oder das Spezialangebot „Familienvergütungen 2009“ nutzen (siehe Anlage). Rabatte für Sparkassenkunden und Mitarbeiter der S-Finanzgruppe sind nicht zusätzlich auf die Angebote anwendbar.

Herbert Feldinger, der neue Hotelleiter, und sein Team halten ständig weitere attraktive und abwechslungsreiche Specials und Events bereit. Weitere Infos unter www.hotel-bayern-vital.de oder Tel. 08651-706-0.

Breitband:

EU-Kommission genehmigt verbesserte Förderung

Zeil: „100.000 Euro pro Gemeinde für den Breitbandausbau“

Doppeltes Fördergeld für den Breitbandausbau: Die Europäische Kommission hat die neuen Förderbedingungen für den Breitbandausbau in Bayern genehmigt. Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Ab heute können wir Investitionen von Gemeinden in den Breitbandausbau mit einem Höchstbetrag von 100.000 Euro fördern. Das ist doppelt so viel wie bisher.“

„Genehmigt wurde auch der neue Fördersatz von 70 Prozent“, so Zeil. „Damit ermöglichen wir auch den finanzschwächeren Kommunen, das schnelle Internet auszubauen.“ Mit den neuen Förderbedingungen werde der Zugang zum Breitbandinternet gerade für Menschen in den ländlichen Gebieten noch stärker vorangetrieben. „Nun ist es an den Kommunen, das Angebot zu nutzen. Je schneller sie aktiv werden, desto schneller werden die weißen Flecken auf der bayerischen Breitbandlandkarte verschwinden.“

Die EU hat auch eine Vereinfachung des Förderverfahrens genehmigt. Bisher mussten Gemeinden Breitbandinvestitionen von mehr als 200.000 Euro bei der EU-Kommission einzeln zur Genehmigung vorlegen. Nun ist in Bayern der Ausbau bis 500.000 Euro im Rahmen des bayerischen Förderprogramms genehmigungsfrei. Die beiden Verfahrensschritte Markterkundung und Auswahl wurden zu einem Verfahrensschritt zusammengelegt und können künftig parallel laufen. Zeil: „Wir haben die wesentlichen Investitionshemmnisse für Bayern in kurzer Zeit abgebaut, während der Bund Monate darüber diskutiert und erst jetzt die Anpassung des Förderrahmens bei der Kommission beantragt.“

Zeil weist darauf hin, dass die Breitbandförderung weiterhin technologie- und anbieterneutral ausgestaltet ist. Diese Punkte sind für die Kommission nicht verhandelbar. Daher wird auch künftig die technische Lösung gefördert, die den Bedarf am wirtschaftlichsten erfüllt.

Über das Bayerische Breitbandförderprogramm erhalten Gemeinden im Freistaat Zuschüsse für den Ausbau von Breitbandnetzen und für Planungen und Machbarkeitsstudien. Das Programm ist mit rund 38 Millionen Euro ausgestattet. Förderfähig sind Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens einem Megabit pro Sekunde. Anträge können bei den Bezirksregierungen gestellt werden.

Nähere Informationen unter www.breitband.bayern.de

Finanzminister Fahrenschon:

Neues Dienstrecht in Bayern auf gutem Wege

„Die Anforderungen an den Öffentlichen Dienst nehmen kontinuierlich zu. Wir brauchen daher dringend ein neues Dienstrecht. Mit dem vorliegenden Entwurf nimmt Bayern bundesweit die Spitzenstellung ein“, stellte Finanzminister Georg Fahrenschon vor dem Hauptausschuss des Bayerischen Beamtensbundes in München fest.

„Die Beamtinnen und Beamten in Bayern leisten hervorragende Arbeit, die wir anerkennen“, so Fahrenschon. Mit der Bezügeanpassung, der Weiterführung der Altersteilzeitmöglichkeit und insbesondere mit den bereits umgesetzten Maßnahmen im Neuen Dienstrecht werde der Stellenwert, den die Staatsregierung einem leistungsfähigen und motivierten öffentlichen Dienst beimisst, nachhaltig unterstrichen. „Die im Haushalt bereits enthaltenen zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten, gerade im Lehrerbereich sprechen hier eine deutliche Sprache“, unterstrich Fahrenschon.

Weg vom Kastendenken

Ein Kernstück des Neuen Rechts wird die Umgestaltung des bisherigen starren Laufbahnsystems. „Hier wollen wir weg vom Kastendenken“

Fundamentalwert in 20 gleichen Jahresraten an die Zweckgesellschaft erstatten. Im Konsolidierungsbankmodell gilt entsprechendes, sofern das einliefernde Institut eine börsennotierte Bank mit breitem Eigentümerkreis ist. Sofern es sich um eine Landesbank handelt, sollen deren Eigentümer, in der Regel Länder und Sparkassen, eine zusätzliche Haftungserklärung abgeben. Die Länder müssen Verluste sofort ausgleichen, die Sparkassen, wenn die Verluste ihre Ausschüttung übersteigen.

denken und hin zu mehr vertikaler Flexibilität“, betonte Fahrenschon. Die Einführung der Leistungslaufbahn führe auch zur Abschaffung der bisherigen formalistischen und zentralen Aufstiegsverfahren.

Modulares System

Fahrenschon: „Stattdessen schaffen wir ein modulares System lebenslangen Lernens“. Dieses sehe vor, dass die Weiterqualifikation stärker nach den konkreten Verwendungsmöglichkeiten und den Anforderungen in der Praxis ausgerichtet werde. „Mit dem adäquaten Fortbildungskonzept lernen unsere Beamtinnen und Beamten das richtige Wissen zum richtigen Zeitpunkt“, erklärte Fahrenschon.

Fahrenschon appellierte an die Mitglieder des Beamtensbundes, die Perspektiven und die Chancen, die sich aus der Neuordnung des Dienstrechts ergeben, allen Bediensteten zu vermitteln. Gleichzeitig sollen die Mitglieder des Beamtensbundes das Gesetzgebungsverfahren ebenso konstruktiv wie engagiert und kritisch begleiten wie dies schon bei der Erarbeitung der Eckpunkte der Fall war. Die Ressortanhörung zum Neuen Dienstrecht hätte bereits begonnen. Das gesamte Gesetzespaket biete ein „stabiles und festes Gerüst für einen motivierten und leistungsfähigen Öffentlichen Dienst in Bayern, der auch ein entscheidender Standortfaktor sei“, betonte Fahrenschon.

Wer viel stemmen möchte, braucht gute Konditionen.

Attraktive Kredite für Gebietskörperschaften und Zweckverbände

Wir machen Sie stark für Investitionen im kommunalen Bereich. Wir beraten Sie hinsichtlich möglicher Optimierungen Ihres Kreditportfolios. Und wir helfen Ihnen, die passende Kombination aus Kommunalkredit und kommunalem Förderkredit zu finden. Was auch immer Sie vorhaben: Gemeinsam werden wir es stemmen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB



Eine Landesbank im Wandel

Buch und Ausstellung über die 125-jährige Geschichte der BayernLB München

Die BayernLB steht im Jahr ihres 125. Geburtstages vor enormen Herausforderungen. Doch ein Blick in die Geschichte macht Mut: Die Landesbank und ihre Vorgängerinstitute haben von der Hyperinflation bis zur Asienkrise viele Turbulenzen gemeistert, weil sie sich immer wieder erfolgreich an veränderte Gegebenheiten anpassen konnten. Das zeigen zwei zum Jubiläum veröffentlichte Bücher sowie eine begleitende Ausstellung über die Firmenhistorie.

Mit schwungvollen Federstrichen nahm die Geschichte der BayernLB ihren Lauf: Am 21. April 1884 setzte König Ludwig II. auf Schloss Hohenschwangau seine Unterschrift unter das „Gesetz, die Landeskultur-Rentenanstalt betreffend“. Damit gab der Monarch den Startschuss zum Aufbau einer staatlichen Förderbank, die sich zunächst ganz der Modernisierung der bayerischen Landwirtschaft verpflichtete.

Bescheidene Anfänge

Die Anfänge waren bescheiden, der erste Geschäftsbericht passte auf drei Seiten. Doch schon bald entwickelte sich die Anstalt zu einer zentralen Förder- einrichtung des Freistaates, die sich auch der Wasserversorgung auf dem Land und dem Wohnungsbau annahm. Die Landeskultur-Rentenanstalt ist heute als Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) ein zentraler Baustein der BayernLB. Sie bildet aber nur den einen Wurzelstrang des Konzerns. Den zweiten stellt die Bayerische Gemeindebank dar, deren Vorläufer 1914 die Sparkassen ins Leben riefen. Sie fungierte zunächst als Zentralbank für die Regionalinstitute und wandelte sich später zum führenden bayerischen Institut für Kommunalfinanzierung.

Beitrag zum Wandel

So verschieden die geschäftlichen Aktivitäten von Gemeindebank und Labo waren: Beide waren dem Gemeinwohl verpflichtet, gingen einem öffentlichen Auftrag nach und leisteten so einen erheblichen Beitrag zum Wandel Bayerns vom Agrarland zum Standort für Hochtechnologie. Im Jahr 1972 schlossen sie sich zur Bayerischen Landesbank zusammen, die mit dem Wegfall der staatlichen Ausfallgarantien 2005 in BayernLB umbenannt wurde.

Anlässlich ihres 125-jährigen Bestehens hat die Bank den Band „Die Geschichte der BayernLB“ vorgestellt. Auf 400 Seiten beleuchten darin die Historiker Johannes Bähr, Axel Drecoll

Landesbank-Kommission lässt Haftungsfragen prüfen

Auf Antrag von Bernhard Pohl, Kommissionsmitglied und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, hat die Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB (LBKomm) beschlossen, dass ein Sachverständigengutachten beauftragt wird, teilte Ernst Weidenbusch (CSU), Vorsitzender der LBKomm, mit.

Das Gutachten soll Verantwortlichkeiten und Haftungsfragen in Zusammenhang mit den hohen Verlusten der BayernLB im internationalen Kapitalmarktgeschäft klären. Der von der Kommission beschlossene Prüfauftrag richte sich auf die Prüfung von „haftungsrelevanten Tatbeständen bei Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB, insbesondere zur Vorkreditaufnahme im Juni / Juli 2005 und der Verwendung der aufgenommenen Beträge“.

Beauftragt wurde auf Vorschlag von Bündnis90/Die Grünen die Kanzlei Flick, Gocke, Schaumburg und Kollegen, eine auch in München vertretene Sozietät von Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern, die bereits eine Reihe vergleichbarer Prüfungen vorgenommen habe und deshalb fundiertes Wissen und einschlä-

und Bernhard Gotto vom Institut für Zeitgeschichte (ifz) München-Berlin lückenlos und objektiv die Entwicklung des Unternehmens. Dazu wertete das Team zwei Jahre lang Quellen unter anderem aus dem firmeneigenen Archiv der BayernLB und dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv aus, und führte Interviews mit Zeitzeugen. Den Forschungsauftrag hatte das IfZ Anfang 2007 erhalten.

Wechselvolle Geschichte

„Der Blick in die Historie unserer Bank zeigt eines ganz deutlich: Es war eine durchaus wechselvolle Geschichte“, sagte der Vorsitzende des Vorstandes der BayernLB, Dr. Michael Kemmer, bei der Präsentation des Buches in München. „Es gab Zeiten des Erfolges und des kontinuierlichen Wachstums und es gab Rückschläge und Einbrüche in den Geschäftszahlen bis hin zu existenziellen Krisen.“ Kemmer betonte, dass sich die Bank und ihre Vorgängerinstitute aus allen schwierigen Lagen stets aktiv haben befreien können. „Den Rückkehr zum Erfolg verdankt die BayernLB in erster Linie ihrer Anpassungsfähigkeit und der Bereitschaft zu Veränderungen.“

Phase der Neuorientierung

Diese Eigenschaften sind nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden auch heute wieder gefragt. „Die BayernLB ist mitten in einer Phase des Umbruchs und der Neuorientierung“, sagte Kemmer. „Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, wir hätten alle Probleme bereits überwunden und uns kann nichts mehr passieren.“ Aufgrund der soliden Eigenkapitalbasis durch Risikoabschirmung und Kapitalzufuhr seitens des Freistaates, sei die Bank aber gegen weitere konjunkturelle Abschwüchungen, Kreditausfälle und eigenkapitalbelastende Ratingveränderungen von Wertpapieren und Kreditnehmern aus heutiger Sicht gut abgepuffert. Zudem gebe es ermutigende Signale aus dem operativen Geschäft, das in den ersten Monaten des Jahres

gige Erfahrung in diesem Bereich vorweisen könne. Mit der Erstellung des Gutachtens werde bis Jahresende gerechnet.

Dem Steuerzahler geschuldet

„Es ist höchste Zeit, dass im Rahmen einer umfassenden Untersuchung durch neutrale Experten rückhaltlos ermittelt wird, wer für das Desaster bei der Bayern LB verantwortlich ist. Das von der Landesbank-Kommission jetzt in Auftrag gegebene Gutachten soll daher auch einen Beitrag zur Vorbereitung etwaiger Schadensersatzprozesse leisten mit dem Ziel, persönlich verantwortliche Mitglieder von Vorstand und Verwaltungsrat in die Haftung zu nehmen“, so Bernhard Pohl (FW). „Es mag im Ergebnis nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein, wir sind es

2009 trotz der Wirtschaftskrise einen zufriedenstellenden Verlauf genommen hat.

Rückbesinnung auf das Kerngeschäft

Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon hob die Bedeutung der Landesbank hervor. „Die BayernLB ist eine systemrelevante Bank mit engen und starken Kundenbeziehungen, die wichtig sind für die Wirtschaft des Landes und auch für den Freistaat Bayern“, sagte Fahrenschon in seinem Grußwort. Der Minister und Vorsitzende des Verwaltungsrates betonte jedoch, dass sich die

Finanzminister Fahrenschon:

Mit Innovationen den globalen Wettbewerb bestehen

„Innovationen sind die Grundlage für das Bestehen im globalen Wettbewerb. Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten hat das Thema Innovation eine zentrale Bedeutung für die Zukunftsfähigkeiten der Unternehmen und des Wirtschaftsstandorts. Wir wollen deshalb noch mehr Betrieben in Bayern helfen, innovativ in die Zukunft zu starten“, betonte Finanzminister Georg Fahrenschon bei dem Symposium zur Studie „Gefahrenbarometer 2010“ in München.

Von der 1,5 Milliarden Euro schweren Initiative „BayernFIT - Forschung, Innovation, Technologie“ werden nach den Angaben von Fahrenschon gerade die kleineren High-Tech-Unternehmen, Existenzgründer und das innovative Handwerk in Bayern profitieren. „Unser Mittelstand ist engagiert, kompetent und leistungsstark! Der Mittelstand ist ein starkes Rückgrat auch in der aktuellen Krise“, stellte Fahrenschon fest. Angesichts der Krise müssten die Prinzipien der sozial marktwirtschaft stärker zum Tragen gebracht werden. Diese würden gerade von den Mittelständlern, Handwerkern und Freiberuflern bestens vorgelebt.

Mittelstandsschirm

Bayern habe ferner angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise einen eigenen Mittelstandsschirm mit 200 Millionen Euro für den Mittelstand „gespannt“. Darüber hinaus habe die Staatsregierung Investitionen vorgezogen, wie beispielsweise 440 Millionen Euro für staatliche Baumaßnahmen. „Damit haben wir der Wirtschaft bereits Impulse gegeben“, betonte Fahrenschon. Im Rahmen der staatlichen Ausgaben

dem Steuerzahler aber schuldig, diejenigen, die uns das Ganze eingebrockt haben, mit aller Härte in die Pflicht zu nehmen. Da darf es keine Rücksicht auf wirkliche oder vermeintliche Verdienste geben.“

Rückhaltlose Aufklärung

Die entsprechenden Beschlüsse wurden mit den Stimmen der CSU- und FDP-Vertreter gefasst. „Damit wollen wir deutlich machen, dass auch den Regierungsfaktionen an einer vollständigen, rückhaltlosen Aufklärung der Geschehnisse bei der Bayerischen Landesbank im Zusammenhang mit den hohen Verlusten im internationalen Kapitalmarktgeschäft gelegen ist“, so der Vorsitzende der LBKomm, Ernst Weidenbusch, und sein FDP-Kollege Dr. Franz-Xaver Kirschner.

Deshalb betonten Kommissionsvorsitzender Ernst Weidenbusch, Dr. Franz-Xaver Kirschner und Bernhard Pohl übereinstimmend: „Es geht der gesamten Kommission fraktionsübergreifend um lückenlose Aufklärung der Vergangenheit im Interesse der Steuerzahler in Bayern.“ □

BayernLB umorientieren müsse: „Gefordert sind eine Rückbesinnung der Bank auf ihr Kerngeschäft und eine Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen.“

Die BayernLB ist die erste Landesbank, die ihre Geschichte zurück bis zu den Anfängen umfangreich erforschen und veröffentlichte ließ. Die Meilensteine der Entwicklung präsentiert die Bank ab sofort auch in einer Ausstellung in ihrer Münchner Zentrale (BayernLB Galerie, Briener Straße 20).

Die öffentlich zugängliche Schau findet bis zum 20. September statt und ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist kostenlos. Ergänzend dazu gibt die Landesbank einen Bildband „BayernLB – Die Geschichte in Bildern“ mit 400 Abbildungen heraus. Beide Bücher sind im Buchhandel erhältlich. □

Entwicklung der Kreisfinanzen:

Die kommenden Jahre werden hart wie nie

Krise schlägt erst ab 2010 voll auf kommunale Haushalte durch

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat zum 13. Mal in Folge seinen Jahresbericht über die Kreisfinanzen vorgelegt und sieht schwere Zeiten auf die Kreishaushalte zukommen. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré bedauerte, dass trotz der Entwicklung der letzten beiden Jahre, in der die hohen Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte auf Kreisebene nachgezeichnet wurden, sich die Haushaltslage nur wenig verbessert hat. Selbst 2008 blieben bei einem Überschuss von 1,4 Mrd. mehr als ein Drittel der Haushalte unausgeglichen.

„Es ist höchst alarmierend, wenn wir selbst in finanziell guten Zeiten Defizite machen. Wann, wenn nicht dann, sollen sich die Kreise denn konsolidieren?“ Sorgenvoll äußerte er sich für die kommenden Jahre: „Ab 2010 wird es für die Kommunalhaushalte richtig ernst werden. Die Steuereinnahmen werden wie nie zuvor wegbrechen. Parallel dazu werden die Kreise ab 2010/2011 die volle Wucht der Konjunkturkrise, die derzeit noch durch Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld aufgefangen wird, mit deutlich steigenden Soziallasten spüren.“

Diese Entwicklung wird die Kreishaushalte zerreißen,“ befürchtet Duppré, der mit einer zusätzlichen Verschärfung der Situation dadurch rechnet, dass auch die Haushalte der Länder aufgrund der Schuldenbremse ohnehin angespannt sein werden. Zudem rechnet er in Zukunft mit einer erneuten Explosion der Kassenkredite: „Noch immer schieben die Kreise über 5,3 Mrd. Euro vor sich her, die in den beiden letzten Jahren lediglich um gerade mal 280 Mio. Euro

vermindert werden konnten. In einzelnen Ländern sind die Kassenkreditschulden bereits auf bis zu 290 Euro/Einwohner angestiegen. Ich wage mir gar nicht auszumalen, wo wir in vier Jahren stehen werden.“ Kein Verständnis zeigte Duppré zudem für die Praxis der Länder, die kommunalen Finanzausgleiche auch als eigene Reservekasse zu betrachten. Allein 2009 würden die Länder offen und ungeniert über 1. Mrd. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zur Sanierung der eigenen Haushalte entnehmen.

„Unter dem Strich führt nichts daran vorbei, dass die Einnahmehasis der Kreise unbedingt gestärkt und unabhängiger von Eingriffen der Länder und der konjunkturellen Entwicklung werden muss. Sie sollten deshalb direkt an der Umsatzsteuer beteiligt werden. Dies würde die Eigenfinanzierungsbasis gerade der hoch belasteten Kreishaushalte kräftigen, die kreisangehörigen Gemeinden entlasten und die Abhängigkeit von Landeszuweisungen verringern“, warb Duppré. □



Freie Fahrt! Jetzt Förderungen vom Staat sichern!



Mit der eigenen Immobilie auf der sicheren Seite!

Grünes Licht für Ihre Wohnwünsche! Freuen Sie sich über das beste LBS-Bausparen aller Zeiten – denn so viel Förderung gab's noch nie. Sichern Sie sich attraktive Prämien, Zulagen und Steuervorteile. So können Sie Ihren Traum von den eigenen vier Wänden noch schneller und leichter verwirklichen.

Welche der Förderungen sich für Sie eignen und wie Sie davon profitieren können, erfahren Sie bei Ihrem Berater in den Sparkassen oder LBS-Geschäftsstellen.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Biomasse & Abfall:

Emissionen mindern, Rückstände nutzen

Fachtagung im ATZ Entwicklungszentrum Sulzbach-Rosenberg

Fachleute aus Wissenschaft und Praxis zeigten im Rahmen der Fachtagung „Verfahren und Werkstoffe für die Energietechnik“ im ATZ Entwicklungszentrum in Sulzbach-Rosenberg neue, aber auch in der Praxis bewährte Verfahren zur Senkung von Emissionen sowie energetische und stoffliche Verwertungswege für Rückstände auf. Bereits zum fünften Mal trafen sich etwa 120 Wissenschaftler und Fachleute aus Deutschland und Österreich, um aktuelle Informationen aus erster Hand zu erhalten.

Eröffnet wurde die Tagung mit einem Grußwort vom 1. Bürgermeister Gerd Geismann, der die Teilnehmer in der Herzogstadt herzlich willkommen hieß. „Das ATZ bringt den Hauch der großen weiten Welt in die Bio-Umwelt-Region“, freute sich Geismann. Die Ausstrahlung des ATZ als universitäre und außeruniversitäre Einrichtung sei bedeutend. „Von den innovativen Leistungen des ATZ profitieren wir alle.“

Unter der wissenschaftlichen Leitung vom Vorstandsvorsitzenden des ATZ Entwicklungszentrums Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich und von Dr. Mario Mocker (ebenfalls ATZ) stellten am ersten Tag mit dem Umweltcluster Bayern und dem Cluster Energietechnik zwei leistungsfähige Netzwerkorganisationen

ihre Aktivitäten vor. Aufhorchen ließ eine Präsentation zur globalen Bioenergienutzung, wonach eine tatsächliche und spürbare Reduktion von Treibhausgasemissionen nur bei intelligentem Biomasseeinsatz gewährleistet ist. Vor allem Biokraftstoffe sind hier sehr differenziert zu betrachten.

Emissionsminderung

In dem Vortragsblock „Emissionsminderung – Entwicklung und Praxis“ wurden moderne Abgasreinigungsverfahren für Verbrennungsanlagen vorgestellt. Dass dies zuverlässiger Standard in der Müllverbrennung ist, steht außer Zweifel. Mit Unterstützung der Hochschule Amberg-Weiden (HAW) und des ATZ Entwicklungszentrums

wurden ähnliche Reinigungsleistungen nun auch für kleine Feuerungen möglich und die Ergebnisse auf der Tagung präsentiert. Mittlerweile werden sogar schon Elektrofilter für

kleinste Holzöfen entwickelt.

Tag 2 war komplett dem Thema Rückstände gewidmet. In der Auftaktsitzung „Übersicht und Recht“ war zu erfahren, dass veränderte umweltrechtliche Anforderungen die Verwertung von Aschen und Schlacken als Baustoff in Zukunft erschweren oder gar verhindern könnten. Die Techniker in Sulzbach-Rosenberg sind aufgefordert, durch neue Entwicklungen ein Höchstmaß an Recycling ohne Abstriche beim Umweltschutz sicherzustellen.

Organische Rückstände

Mit dem Titel „Organische Rückstände – eine Energiequelle“ waren weitere Vorträge überschrieben. Hier liegt den Veranstaltern – im Einklang mit dem bayerischen Umweltministerium – besonders am Herzen, dass Klärschlamm zukünftig verbrannt und nicht mehr auf den Feldern verteilt wird. In der Diskussion wurde deutlich, dass auch die Klärschlamm aus ländlichen Gebieten zu stark mit Schadstoffen oder Medikamentenrückständen belastet sein können.

Um aus organischen Rückständen attraktive Brennstoffe zu machen, können diese mit ungenutzter Abwärme getrocknet und bei Bedarf pelletiert werden. Klärschlamm erlangt so den Heizwert von Braunkohle. Ähnlich gut brennen auch nach Maß aufbereitete Gärreste aus den vielen neuen Biogasanlagen.

Rohstoffquelle

Der Tagungsteil „Mineralische Rückstände – Eine Rohstoffquelle“ rundete die Veranstaltung ab. Derartige Reststoffe enthalten oft wertvolle Metalle, Minerale oder Pflanzennährstoffe. Forstwissenschaftler Professor Axel Göttelein aus Weihenstephan wies darauf hin, dass Holzaschen vor der Ausbringung im Wald aber unbedingt vorbehandelt werden sollten. Nur dann würden die Nährstoffe auch bedarfsgerecht freigesetzt und Schäden durch den hohen pH-Wert von Aschen vermieden. Da viele Rohstoffe schon in

wenigen Jahren zur Neige gehen, erfreut sich der Begriff „Urban Mining“ zunehmender Bekanntheit. Darunter versteht man die Tatsache, dass jedes dicht besiedelte Gebiet eine riesige Rohstoffmine ist. Prof. Faulstich, der auch Ordinarius für Rohstoff- und Energietechnologie der angesehenen TU München ist, will diese „einzigartig verfügbaren Rohstoff-Lagerstätten“ nutzen. Mit dem Forschungsprojekt „Urban Mining“ sind derzeit drei Wissenschaftler im ATZ Sulzbach-Rosenberg betraut. Faulstich setzt

auf die Mitarbeit von Geologie-Doktoranden.

Nach Berechnungen des renommierten Wissenschaftlers lagern in bundesdeutschen Deponien mehr als eine Milliarde Tonnen – ungetrennter – Hausmüll. Entscheidend sei die Frage der Kosten, Metalle und andere Wertstoffe aus den Hausmüll-Deponien zu gewinnen. Bereits im kommenden Jahr will Faulstich einige alte Hausmülldeponien als Pilotprojekte aufgraben lassen mit dem Ziel, mehr über die Zusammensetzung der Wertstoffe zu erfahren und Modellrechnungen für die „Schürfkosten“ aufzumachen.

Suche nach Verwertbarem

Bei der Aufbereitung von Abfallbergen als Rohstoffquellen denkt der Wissenschaftler an möglichst mobile Maschinen wie sie im Bergbau eingesetzt werden, z. B. Magnetscheider für magnetische Metalle oder Wirbelstromscheider für nichtmagnetische Metalle. Der riesige Aufwand bei der Suche (fast ähnlich der Nadel im Heuhaufen) nach Verwertbarem in den Hausmülldeponien schreckt Faulstich nicht ab: „Auch für die Gewinnung von einer Tonne Kupfer müssen Tausende Tonnen Erdaushub bewegt werden.“

Beitrag zum Klimaschutz

Nach Faulstichs Ansicht stehen die sich ständig verknappenden Rohstoffe zwar „geologisch zur Verfügung“, doch faktisch sei der Weltmarkt „leer gefegt“. Der Grund: Wenige Konzerne oder Länder sicherten sich den Zugriff auf die Bodenschätze und Staaten wie China bunkerten bestimmte Rohstoffe in großen Mengen. „Die Hausmülldeponien sind deshalb einzigartig verfügbare Rohstoff-Lagerstätten“ und eine Alternative zu teuren, unsicheren Import-Abhängigkeiten, wie Faulstich erklärte. Außerdem sei jede recycelte Tonne Wertstoff ein Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Engpässe erwartet

In naher Zukunft erwartet der Professor deutliche Rohstoff-Engpässe „rund um die Elektronik“. Als eine der wenigen Rohstoffe reichten Gas und Braunkohle/Steinkohle zwar noch viele hundert Jahre. Aber gegen ihre verstärkte Nutzung stehe der Treibhaus-Effekt. Die aufwändige Verflüssigung der Kohle – wie während des Zweiten Weltkriegs – stehe „sicher auf der Tagesordnung“, stellte der Wissenschaftler fest.

Der Präsident der Hochschule Amberg-Weiden, Professor Erich Bauer, hob schließlich die große Bedeutung von regionalen Netzwerken hervor und kündigte die neue Oberpfälzer Kooperationsinitiative Eco-Net zwischen der HAW, der Hochschule Regensburg und dem

Mobilfunkfelder in Bayern:

Unter den Grenzwerten

Ob im Café, im Auto oder mitten im Wald – wir sind es gewohnt, per Handy fast überall erreichbar zu sein. Die Grundlage dafür ist ein dichtes Mobilfunknetz. Doch gelegentlich machen sich Bürgerinnen und Bürger Sorgen, wenn die dazu nötigen Anlagen in der Nähe ihrer Ortschaften errichtet werden sollen. Eine Initiative des Informationszentrums Mobilfunk unter Schirmherrschaft des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) trägt zur Aufklärung bei. Sie hat ermittelt, dass die Mobilfunkfelder in Bayern weit unter den gesetzlichen Grenzwerten liegen.

„Wissenschaft(f)t Vertrauen“ heißt die Initiative, die im Freistaat für Klarheit über die Immissionen in der Umgebung von Mobilfunksendeanlagen sorgt. Kooperationspartner sind neben dem LfU, das die Schirmherrschaft übernommen hat, das Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF) und das Institut für Mobil- und Satellitenfunktechnik (IMST). „Die Besorgnis in der Bevölkerung über unerkannte und möglicherweise langfristige Gesundheitsschäden des Mobilfunks ist nach wie vor hoch“, erläutert Professor Albert Göttele, Präsident des LfU, den Anlass der Initiative. „Wir sind daran interessiert, dass die Diskussion über den Mobilfunk sachlich und auf der Grundlage gesicherter Daten geführt wird.“ Solche Daten lägen für den Freistaat nun vor.

Messpunkte ausgewertet

Wissenschaftler des IMST haben rund 1.900 Messpunkte ausgewertet, an denen in den vergangenen Jahren in mehr als 350 Gemeinden gemessen wurde (siehe „Einzigartige Datenbank“). Die Ergebnisse zeigen, dass trotz Handyboom die Mobilfunkfelder in Bayern deutlich unter den gesetzlichen Grenzwerten liegen. Die erlaubte Leistungsflussdichte beispielsweise wird im Median nur zu 0,014 Prozent ausgeschöpft. Die Maßeinheit Leistungsflussdichte gibt jene Energie an, die pro Sekunde und Quadratmeter durch eine Fläche fließt.

Ergebnisse wie in anderen Bundesländern

Zu den Kooperationspartnern der Initiative „Wissenschaft(f)t Vertrauen“ gehört auch das Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF). Es ist dafür zuständig, die Erkenntnisse der Wissenschaftler einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Das IZMF hat bereits in anderen Bundesländern Messungen initiiert und die Bürgerinnen und Bürger über die Ergebnisse informiert. „Die Auswertung in Bayern bestätigt, was frühere Messreihen bereits in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt gezeigt haben“, sagt Geschäftsführerin Dagmar Wiebusch. „Mit diesen Veranstaltungsreihen wollen wir einen Beitrag für mehr Transparenz beim Thema Mobilfunk leisten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich anhand der Ergebnisse ein detailliertes Bild über die Immissionen von Mobilfunksendeanlagen verschaffen. Und das vor allem dort, wo es die Menschen interessiert, in ihrer direkten Umgebung.“

„Wissenschaft(f)t Vertrauen“

Die Initiative „Wissenschaft(f)t Vertrauen“ beschränkt sich jedoch nicht darauf, wissenschaftlich ausgewertete Zahlen mitzuteilen. Die Initiatoren geben Antworten auf oft gestellte Fragen und klären Missverständnisse auf. So glauben viele Menschen beispielsweise, ein elektromagnetisches Feld sei zwangsläufig in unmittelbarer Nähe der Mobilfunkanlage am stärksten. Sie leiten daraus oft die Forderung ab, den Standort

Einzigartige Datenbank

Kaum ein anderes Bundesland verfügt über so umfangreiche Daten zu Mobilfunkfeldern wie Bayern. Seit sieben Jahren sammelt das Projekt zur „Förderung der Erfassung elektromagnetischer Felder“ (FEE) die Ergebnisse von Messungen im gesamten Freistaat. Die breite Datenbasis liefert einen repräsentativen Überblick über typische Immissionen durch Mobilfunksendeanlagen in Bayern. Mehr als 350 Kommunen haben sich bereits beteiligt und finanzielle Unterstützung vom Bayerischen Umweltministerium (Förderquote von 90 %) erhalten. Bis 2011 können Städte und Gemeinden noch einen Antrag stellen.

Informationen unter www.stmugv.bayern.de/umwelt DK

einer solchen Anlage zu verleihen. Dazu erläutert Dr. Christian Bornkessel, Projektleiter der FEE-Auswertung beim IMST: „Bei den Immissionen in der Umgebung einer Mobilfunkanlage kommt es nicht nur auf die Entfernung an. Wichtig sind auch die Montagehöhe, die Ausrichtung und der Neigungswinkel der Antennen, der Antennentyp, die Bebauung der Umgebung sowie andere am Messort vorhandene Funkssysteme.“ Ein geringer Abstand zur Mobilfunksendeanlage hat also nicht zwangsläufig hohe Immissionen zur Folge. Laut Dr. Bornkessel können die Mobilfunkimmissionen selbst in unmittelbarer Nähe zur Anlage sehr klein sein. Das liegt u. a. an der gerichteten Abstrahlcharakteristik der Antennen.

Für die rund 1.900 Messpunkte, die das Team von Christian Bornkessel ausgewertet hat, wurden bewusst Orte ausgewählt, an denen überdurchschnittliche Immissionen zu erwarten wären. „Deutlich mehr als die Hälfte aller Messpunkte lag in Sichtweite der Mobilfunksendeanlage“, bestätigt Bornkessel. „Doch selbst dort sind die Immissionen gering.“

Öffentliche Ausschreibungen:

Mehr Qualität in der Entsorgungsbranche

Der Wettbewerb in der Entsorgungsbranche wird immer mehr über die Senkung von Vergütungs- und Sozialstandards sowie der Ökostandards (z. B. Einsatz veralteter Fahrzeuge) betrieben. Häufig ist der Zuschlag für Billigstbieter verbunden mit Klagen der Bürger über mangelhafte Leistungserbringung. Vor dem Hintergrund haben der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Städtetag und der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) gemeinsam Orientierungshilfen bei öffentlichen Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche entwickelt. Das Auftragsberatungszentrum Bayern hat die Arbeit unter vergaberechtlichen Aspekten fachlich begleitet.

Vermeintlich „günstige“ Leistungsangebote führen immer wieder zu spürbaren Qualitätsminderungen. Die Kommunen sehen sich dann mit Beschwerden der Bürger über die Abfuhrqualität konfrontiert. Der Trend zu Billigstbietern geht aber auch zu Lasten derjenigen Entsorgungsunternehmen, die qualitativ hochwertige Leistungen anbieten und zudem ihre Beschäftigten angemessen bezahlen. Daher setzen sich die Unterzeichner der Orientierungshilfen dafür ein, neben dem Preisaspekt auch soziale und umweltbezogene Leistungsanforderungen mit in öffentliche Ausschreibungen aufzunehmen.

Ökologischer Aspekt

Entscheidend ist auch der ökologische Aspekt: Laut einer Studie des bifa Umweltinstituts trägt die bayerische Abfallwirtschaft mit einer jährlichen Einsparung von rund 13 Millionen Tonnen klimaschädlichem CO₂ ganz erheblich zum Klimaschutz bei. Die EU, die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung haben sich zudem ehrgeizige Klimaschutzziele für die kommenden Jahre gesetzt. Der Einsatz veralteter Fahrzeugtechnik und/oder lange Anfahrtswege zum Ort der Leistungserbringung konterkarieren diese Bemühungen jedoch.

Die gemeinsam erarbeiteten Orientierungshilfen behandeln folgende Aspekte: Personal, Technik, Betriebsorganisation, Ausschreibungsstandard und Vertragsinhalte. Sie sollen eine Hilfestellung für die kommunalen Auftraggeber sein und eine preiswerte, aber hochwertige Entsorgung sicherstellen.

Eine sinnvolle Ergänzung dieser Initiative stellt der beschlossene allgemeinverbindliche Mindestlohn für die Entsorgungsbranche dar, da eine Vorgabe zu Tarifreue in öffentlichen Ausschreibungen rechtlich umstritten ist und daher nicht mit in die Orientierungshilfen aufgenommen wurde. Der Branchenmindestlohn soll demnächst rechtsverbindlich werden.

Hierzu VBS-Präsident Otto Heinz: „Der beschlossene Mindestlohn in Höhe von 8,02 Euro/Stunde stellt für unsere Mitgliedsbetriebe keine Überforderung dar, da in Bayern ohnehin kaum qualifiziertes Personal zu diesen Konditionen zu finden ist. Vielmehr stellt der Mindestlohn einen gewissen Schutz vor Mitbewerbern dar, die sich über Lohndumping ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verschaffen.“ □

Entsorgungsverbände planen Gegenkonzept

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 9. Juni 2009 ein Urteil gefällt (Rechtssache C-480/06), das die Möglichkeiten von Kommunen ausweitet, im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit trotz Erreichens der vergaberechtlichen Wertgrenzen für die Ausschreibungspflicht Verträge mit anderen Kommunen bzw. deren Eigenbetrieben zu schließen, ohne die vertragsgegenständlichen Leistungen vorher europaweit ausschreiben zu müssen.

Vor diesem Hintergrund rüsten sich die drei privaten Entsorgungerverbände BDE, bvse und BDSV für die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Sie kündigten an, eine Arbeitsgruppe zu bilden und gemeinschaftlich ein Gegenkonzept zu entwickeln. Die Verbände wollen erreichen, dass Abfälle, die die Privathaushalte getrennt von Restabfall bereitstellen, in die Hände der Privatwirtschaft gehören. pa/DK

Gestaltung des öffentlichen Raums durch Stadtmobiliar:

Weniger ist mehr

Nicht unwesentliche Anteile der ästhetischen Gestaltung des öffentlichen Raums sind durch Stadtmobiliar geprägt. Das Fehlen eines Gesamtkonzepts hat einen Wildwuchs an Ausstattungselementen entstehen lassen, der den öffentlichen Raum nachhaltig prägt und schädigt. Das Mönchengladbacher Unternehmen PAUL WOLFF sieht es als seine Aufgabe an, hier zu Verbesserungen beizutragen. Zum Thema Müllkonzepte bietet es die individuelle Gestaltung von Abfallsammelstellen mit intelligenten Problemlösungen an: das Unterflur-Sammelsystem. Geschäftsführer Wolf Michael Menzel äußerte sich dazu im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

GZ: Zum Einstieg in das Thema skizzieren Sie bitte kurz die Philosophie Ihres Unternehmens zum Thema „Gestaltung des öffentlichen Raums“.

Menzel: Ganz knapp zusammengefasst könnte man sagen: Weniger wäre mehr. Mit jedem Platzieren von Gegenständen wird der öffentliche Raum gestaltet. Wertstoff-Container und Müllgroßbehälter sind, wie Sitzbänke, Absperrpolder, Laternen, Elektrokästen, Wartehäuschen

eine Leerung erforderlich ist, umso kostengünstiger ist sie. Weniger Fläche heißt immer auch weniger wildes Plakatieren, was wiederum dem Erscheinungsbild des Ganzen zugutekommt. Konventionelle Abfallsammelplätze hingegen bieten Anlass für wilde Beistellungen von Müll, sie verursachen Lärm, verbreiten unangenehme Gerüche und ziehen Ratten und Ungeziefer an.

GZ: In den meisten Fällen wird die Müllbeseitigung durch

setzungen gilt allgemein die Faustregel: Je mehr Container am Tag geleert werden, umso geringer ist der Kostenanteil des Sammel-Teams bezüglich der Gesamtkosten. Die Entleerung von Standard-Sammelsystemen erfordert den Einsatz von drei bis vier Mitarbeitern für die Behälterentleerung. Für das Entleeren unserer Unterflur-Container ist nur ein Mitarbeiter erforderlich.

Noch größer wird das Einsparpotential für die Kommunen dadurch, dass die Sammelfahrzeuge mit dem Unterflur-Container eine größere Zahl an

Haushalten abfertigen, als bei den konventionellen Leerungsvorgängen. Die relativ hohen Anfangskosten sind deshalb schnell amortisiert. Vandalismus und Verschmutzungen, die bei konventionellen Anlagen immer wieder sichtbar werden, verursachen zusätzliche Kosten. Konventionelle Müllbeseitigung ist also auch ökonomisch nur scheinbar von Vorteil.

GZ: Sie wollen die Sichtbarkeit der Abfallsammelstellen reduzieren. Bezogen auf Ihre Antwort auf unsere Eingangsfrage: wie viel „Weniger“ ist geblieben von dem „Mehr“?

Menzel: Sie sprechen die uns sehr wichtige Reduzierung von Stadtmobiliar an, das in seiner unkontrollierten Vielfalt so oft verbunden ist mit einer Verunein-

1. Bayerische Immissionschutztage in Augsburg:

Projektstart Energie-Atlas Bayern

Erstmals veranstaltete das bayerische Kompetenzzentrum Umwelt (KUMAS) im Landesamt für Umwelt in Augsburg den zweitägigen Fachkongress Bayerische Immissionschutztage. Die Veranstaltungsreihe richtet sich an Unternehmen, Planungs- und Gutachterbüros, Kommunen, Behörden und Juristen. Sie soll dem Austausch über neue Entwicklungen im Bereich der Luftreinhaltung und des Lärmschutzes sowie über aktuelle Probleme des Vollzuges des Immissionschutzrechtes dienen. Rund 250 Fachleute aus ganz Deutschland nahmen teil.

Das Programm des ersten Tages war dem Thema Luftreinhaltung gewidmet. Thematisiert wurden die Bestrebungen der Bundesregierung und der EU hinsichtlich einer weiteren Reduktion der Emissionsgrenzwerte sowie sich daraus ergebende Zielkonflikte.

Mit dem Feinstaub in der Luft können auch die Vogelgrippe-Viren transportiert werden. Dies sei jetzt erstmals im Labor wissenschaftlich nachgewiesen worden, erklärte der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, Albert Göttle. In der Luft könne das Vogelgrippevirus mehrere Tage ansteckungsfähig bleiben. So bestehe im Umkreis einiger hundert Meter um befallene Geflügelbetriebe ein Ansteckungsrisiko für Vögel. Die Ausbreitungsgefahr des Virus könne aber durch die Erhöhung des Wassergehalts in der Stallluft stark verringert werden.

Im weiteren Verlauf der Tagung ging es um den Untersuchungsumfang im immissionschutzrechtlichen Änderungsverfahren sowohl im Hinblick auf die Anforderungen der TA Luft, der Geruchsimmisionsrichtlinie (GIRL) sowie der TA Lärm. Vorgestellt wurden die überarbeitete Geruchsimmisionsrichtlinie und ihre Auswirkungen in der Praxis. Darüber hinaus beschäftigten sich die Referenten mit den Anforderungen an die Erstellung von Immissionsprognosen, der Altanlagenanierung im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verträge sowie neu zu berücksichtigender Immissionsorte beim industriellen Nachbarbetrieb. Abgerundet wurde Tag 1 mit dem Vortrag eines Vertreters des bayerischen Umweltministeriums zum Thema „Privatisierung der Anlagenüberwachung“ und anschließender Podiumsdiskussion.

Im Mittelpunkt des zweiten Tages stand der Lärmschutz mit der Bestimmung des Standes der Technik sowohl unter lärm-schutztechnischen wie auch juristischen Gesichtspunkten. Das Thema „Geräuschkontingentierung in der Bauleitplanung über die DIN 45691“ gewann sowohl im Rahmen der Aufstellung neuer wie auch der Überarbeitung alter Bebauungspläne eine zunehmende Bedeutung.

Die Lärmbelastung hat sich nach Göttles Angaben seit den 1960er Jahren versechsfacht. Zwei Drittel der Bevölkerung klagen über Straßenverkehrslärm, über 15 Prozent seien nachts einem Geräuschpegel von mehr als 55 Dezibel ausgesetzt. Verkehrslärm sei in Bayern die häufigste und größte Lärmquelle weit vor Flug-, Gewerbe- oder Freizeitlärm. Ein normaler Staubsauger erzeugt den Angaben zufolge zwischen 60 und 70 Dezibel Lärm. Der LfU-Präsident nannte als eine der vordringlichsten Aufgaben die

Das Unternehmen

Die PAUL WOLFF GmbH fertigt seit über 50 Jahren Steinschrank-Systeme für Abfallbehälter im Siedlungsbereich, erstellt Müllkonzepte für Müllplätze der Wohnungswirtschaft und bietet Urnenbestattungssysteme für Friedhöfe an. Neben Funktionalität, Präzision und Qualität ist es stets das Interesse der PAUL WOLFF GmbH gewesen, auch architektonischen und ästhetischen Ansprüchen zu genügen.

Kontakt: PAUL WOLFF GmbH, Monschauer Straße 22, D-41068 Mönchengladbach, Tel: +49(0)2161/930-3, Fax: +49(0)2161/930-5 99, Mail: info@paulwolff.de Web: www.paulwolff.de

heitlichung von Formen und Stilelementen. Von unserem Unterflur-Container bleibt nur ein kleiner Teil des Behälters sichtbar: der Einwurfschacht. Entsprechend gering sind die Beeinträchtigungen für die Gestaltung der jeweiligen Umfeldler. Die Bereitschaft zur Mülltrennung wird dadurch sogar positiv beeinflusst. Ein „Weniger“ an Sichtbarkeit schafft ein „Mehr“ an Komfort, Benutzerfreundlichkeit und gestalterischer Freiheit. Einer von Städteplanern und Wohnungsgebern gleichermaßen angestrebten Wohlfühlatmosphäre stehen Abfallsammelstellen damit nicht mehr im Wege.

GZ: Was verstehen Sie unter verantwortungsvoller Stadtplanung?

Menzel: Verantwortungsvolle Stadtplanung erfordert neben ökonomischer Orientierung auch eine Ästhetik der Baukultur. Kommunale Entscheidungen orientieren sich – nicht anders als die von Aktiengesellschaften – an schnellen Einsparungen bzw. Erfolgen, die nur scheinbar von Vorteil sind

und den Aspekt der Nachhaltigkeit außer Acht lassen. Der Sicherheitsaspekt steht meist vor dem Mut, auch andere Entscheidungen zu treffen.

GZ: Die gegenwärtige Beschaffenheit vieler Plätze, Straßen und Wege in den Städten und Gemeinden zeigt ihrer Meinung nach schmerzhaft, dass hier noch vieles im Argen liegt.

Menzel: Stimmt. So sind für die Entsorgung häufig übergeordnete Körperschaften oder Privatbetriebe zuständig. Unterschiedliche Parteien haben unterschiedliche Interessen, die in jedem Einzelfall koordiniert werden müssen. Dazu kommt, dass die Verträge zwischen Kommunen und Privatunternehmen zumeist auf höchstens fünf Jahre befristet sind. Jedoch kann man für unseren Bereich hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. In Süddeutschland, in und rund um München, haben viele Kommunen mit Weitblick die Vorteile der Unterflur-Systeme erkannt und bereits zum Einsatz gebracht.



PAUL WOLFF bietet seine U-Select-Abfallsysteme in diversen Designs und Ausführungen an.

und ungezielte Werbung Teil der sogenannten Sekundärarchitektur, die ein elementarer Bestandteil jeder Stadtplanung sein muss.

Und ein Zuviel an Stadtmobiliar mit uneinheitlichen Formen und Stilelementen wirkt chaotisch und unübersichtlich. Ein für Kinder wie Bewohner und Besucher gleichermaßen wünschenswertes Gefühl der Verbundenheit und des Wohlfühlens mit dem Wohnumfeld kann so nicht entstehen.

GZ: Welche Ziele waren denn bestimmend für die Entwicklung Ihres unterirdischen Abfallsystems?

Menzel: Neben den eben erwähnten ästhetischen Gesichtspunkten spielten natürlich auch wirtschaftliche und hygienische Aspekte eine große Rolle. Auch hier sind wir dem eingangs erwähnten Grundsatz des „weniger wäre mehr“ gefolgt. Je seltener

Städte und Gemeinden besorgt. In zunehmendem Maße stehen diese Institutionen, nicht anders als Privatbetriebe, unter enormen Kostendruck. Die relativ hohen Einstandpreise für ihr Unterflurssystem werden so wahrscheinlich nicht überall auf den ersten Blick überzeugen. Überzeugt der zweite Blick?

Menzel: Ganz sicher tut er das. Verantwortung für eine breite Öffentlichkeit sollte immer unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit stehen. Die Gestaltung des öffentlichen Raums verlangt eine ebenso umfassende wie langfristige Planung. Ästhetische und ökonomische Aspekte bilden eine Einheit. Wir haben in Abstimmung mit diversen Stadtverwaltungen und wirtschaftlichen Beratungsgremien ein Kostenmodell entwickelt. Auch bei im Einzelfall unterschiedlichen Voraus-

Aihilfe beim Verkehrslärm etwa durch leisere Fahrbahnen.

Nach dem Scheitern des Umweltgesetzbuches wurden die Bemühungen des Bundes, doch noch ein einheitliches Wasser- und Naturschutzrecht in Kraft zu setzen, präsentiert. Die Bewertung von Stoffeinträgen in Natura-2000-Gebiete hat sich insbesondere aufgrund der sehr ausdifferenzierten Rechtsprechung des EuGH und des BVerwG zu einem der sensibelsten Themen entwickelt. Unter dem Stichwort „Wann ist erheblich erheblich?“ wurde dieses Thema erörtert.

Wo ist die Geothermie besonders wirksam nutzbar? Welcher Betrieb in der Nähe stellt Abwärme zur Verfügung, mit der kostengünstig geheizt werden könnte? Wo gibt es welche Förderungen für Solarenergie oder für Biogasanlagen? Diese und viele andere Fragen soll der Energie-Atlas Bayern beantworten, der ebenso vorgestellt wurde. Damit können laut Göttle Potentiale für erneuerbare Energien erkannt werden, die oft sogar nebenan vorhanden sind. „Der Energie-Atlas wird mehr als ein digitales Nachschlagewerk sein: Er soll konkreten Nutzen für

Planer, Kommunen, Investoren und Energieagenturen bieten“, so der Präsident.

Das LfU koordiniert die Fachinhalte für das ehrgeizige Projekt, das ressortübergreifend bearbeitet wird. Auch die Kommunen können zukünftig ihre Daten in das neue Internet-Portal einstellen. Ende nächsten Jahres soll der Testbetrieb abgeschlossen werden, ab Mitte 2011 können dann auch private Fachanwender das neue Portal nutzen. Rund 650.000 Euro stellt die Staatsregierung dafür zur Verfügung.

Kernstück des neuen Energie-Atlas Bayern ist eine Datenbank mit digital abrufbaren Karten zu allen natürlichen erneuerbaren Energien. Informationen über die rund 2.800 Betriebe, die Abwärme produzieren, aber noch keine Abnehmer dafür haben, sind ebenso enthalten wie flächendeckende Karten zu den Schutzgebieten, Leitungsnetzen und Anlagen zur Energieerzeugung – eine bislang noch nie da gewesene Fundgrube für Planer und Ingenieurbüros. Aber auch Privatleute können wertvolle Informationen zum Beispiel zur Nutzung von Erdwärme beim Neubau finden. **DK**

E-PLUS GRUPPE

BASE e-plus+ simyo ay yildiz vybemobile

Typisch E-PLUS GRUPPE: schon wieder ganz vorn.

Dem Markt voraus zu sein hat bei uns Tradition. Weil wir nicht nur uns, sondern auch den Mobilfunk immer wieder neu erfinden. Zum Beispiel mit der ersten Flatrate. Oder den ersten Tarifen speziell für Geschäftskunden. Das macht uns nicht nur stolz, sondern verweist die Konkurrenz auch im Unternehmenswachstum auf die hinteren Plätze.

Europäisches Städtenetzwerk EUROCIITIES:

Konferenz in Nürnberg

Drei Tage lang tagten die Mitglieder des europäischen Städtenetzwerkes EUROCIITIES in Nürnberg. Rund 70 Vertreterinnen und Vertreter aus rund 30 europäischen Großstädten diskutierten im EUROCIITIES-Forum für Wirtschaftsentwicklung aktuelle Herausforderungen für Städte.

Wie der Wirtschaftsreferent und berufsmäßige Stadtrat Dr. Roland Fleck unterstrich, „bündeln im Städtenetzwerk EUROCIITIES europäische Großstädte ihre Interessen und bringen diese gemeinsam auf europäischer Ebene ein“. Daneben sei der fachliche Austausch untereinander „eine wichtige Bereicherung für die tägliche Arbeit“.

„Ageing Society“

Einen der Höhepunkte des Meetings bildete die Konferenz „Ageing Society“. Dabei standen die Auswirkungen einer alternden Gesellschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung europäischer Städte im Mittelpunkt. Dass der demografische Wandel auch vor Nürnberg nicht Halt macht, belegen die Zahlen des Amtes für Stadtforschung und Statistik: Die Einwohnerzahlen werden bis zum Jahr 2025 leicht steigen, insgesamt werden die Nürnberger aber deutlich älter sein als im Vergleichsjahr 2006. Die Altersgruppe der 45- bis 65-Jährigen wird im Vergleich zum Jahr 2006 um knapp zwölf Prozent wachsen, die Gruppe der über 65-Jährigen um knapp neun Prozent, so die Bevölkerungsprognose der städtischen Statistiker. Dagegen sind für alle jünge-

ren Altersgruppen rückläufige Entwicklungen festzustellen.

Da der demografische Wandel neben Nürnberg auch andere europäische Städte vor große Herausforderungen stellt, wurden Fragen zum altersgerechten öffentlichen Personennahverkehr oder zu neuen Wohnformen für Senioren ebenso thematisiert wie Fragen nach der Erwerbstätigkeit und Qualifikation älterer Arbeitnehmer.

Exkursionen

Aber auch die Chancen einer alternden Gesellschaft gilt es zu begreifen: Mit der Zahl der älteren Mitbürger erhöht sich auch die Nachfrage nach altersgerechten Produkten und Dienstleistungen. „Hier entstehen neue Geschäftsfelder und Branchen, die rechtzeitig erkannt werden müssen“, betonte Fleck. „Insgesamt wird sich jede Stadt in den nächsten Jahren an ihrer Intergenerationen-Orientierung messen lassen müssen.“

Was zunächst theoretisch diskutiert wurde, konnten die internationalen Gäste anschließend in der Praxis besichtigen: Im Rahmen zweier Exkursionen besuchten sie die NürnbergMesse, die VAG Nürnberg und das Projekt „andersWOHNEN e.G.“

Diese Genossenschaft arbeitet aktiv an der Umsetzung eines innovativen und familienfreundlichen Generationenwohnprojekts namens WohnenPLUS.

Generationenwohnprojekt

Bis Ende 2009 wird ein Mehrfamilienwohnhaus in sehr zentraler, aber ruhiger Lage in Nürnberg, in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes, errichtet. Hier entstehen 45 barrierefreie bzw. rollstuhlgerechte Wohneinheiten mit ein bis drei Zimmern und Balkon. Angegliedert ist dem Wohnkomplex eine dreigruppige und ganztägige Kindertagesstätte, in der die Kinderbetreuung sowohl von Fachkräften als auch von Senioren des Wohnkomplexes auf ehrenamtlicher Basis erfolgen soll. Darüber hinaus werden Räume für interne, aber vor allem öffentliche kulturelle Veranstaltungen vorhanden sein.

Anregungen und Kontakte

Der enge Kontakt der Bewohner zur Öffentlichkeit bzw. zur bisherigen Nachbarschaft ist von ganz besonderer Bedeutung. Daher wurde auch ganz bewusst ein Grundstück im Stadtgebiet und nicht im ländlichen Bereich ausgesucht.

Das Konzept sieht vor, die Gruppen der Älteren (und behinderten Menschen) mit der Gruppe der alleinerziehenden Menschen und deren Kindern in einer Hausgemeinschaft zusammen zu bringen. Ähnliche Defizite mit ähnlichen Auswirkungen stehen unterschiedlichen Ressourcen gegenüber. Beide Gruppen haben in ihrem Alltagsleben mit ähnlichen Schwierigkeiten (finanzielle Nöte, Defizite an Versorgung von individuellen Bedürfnissen, sinkender Lebensstandard, häufig Isolation) zu leben. Dem gegenüber verfügen beide Gruppen jedoch über unterschiedliche Ressourcen: Bei

Senioren steht meist ein Überangebot an Zeit zur Verfügung während die Alleinerziehenden unter Zeitdruck stehen. Ein Verlust von Aufgaben und Verantwortung bei den einen steht einer permanenten Überforderung bei den anderen gegenüber. Von der Lebenserfahrung der Älteren können die „unerfahrenen“ Jüngeren profitieren. Der zunehmenden Bewegungseinschränkung bei den Senioren steht die Mobilität der Jüngeren gegenüber.

Mehr Lebensqualität

Älteren Menschen wird die Möglichkeit gegeben, sich in familienähnlichen Strukturen zu bewegen und dadurch eine bessere Lebensqualität zu erlangen. Sie können Verantwortung für die Gemeinschaft, aber auch für einzelne Kinder übernehmen. Durch das Vermitteln von Erfahrungen an die jüngeren Generationen gewinnen sie Wertschätzung und Lebensfreude. Bei eventuell eintretender Pflegebedürftigkeit erfahren sie weitgehende Versorgung durch die Hausgemeinschaft. Darüber hinausgehende erforderliche Dienstleistungen werden durch professionelle externe Dienstleister erbracht. Ein Umzug in eine stationäre Pflegeeinrichtung wird nicht erforderlich.

Zukunftsweisendes Konzept

Alleinerziehende erfahren Entlastung im familiären Alltag, Freiraum für soziale Kontakte, eine Berufstätigkeit wird mit der Familie wieder vereinbar, Anregungen und Kontakte zu anderen Familien entstehen. Kinder erfahren Entspannung im Verhältnis zum Elternteil, soziale Entwicklung in familienähnlicher Struktur, Wertevermittlung und Betreuung.

Auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die Stadt Nürnberg sehen in WohnenPLUS ein zukunftsweisendes Konzept und unterstützen das Projekt maßgeblich. **DO.**

Bayerischer Nordgautag in Amberg:

Kulturelles Großereignis

Beim Bayerischen Nordgautag 2009 wurde ganz Amberg zur Bühne. Nicht von ungefähr stand das viertägige Event unter dem Motto „1034 – Amberg 975 Jahre – 2009. Eine Stadt im Zentrum des historischen Nordgautags“. Veranstaltungen fanden von der Hochschule bis zum Rathaus, vom ACC bis zur Schulkirche statt. An 13 Plätzen wurden Ausstellungen, Konzerte, Lesungen oder Vorträge dargeboten.

Außergewöhnlich war der diesjährige 38. Nordgautag schon deshalb, weil er zum ersten Mal seit 55 Jahren in einem ungeraden Jahr gefeiert wurde. Für das 975. „Taufest“ der Stadt hatte der Oberpfälzer Kulturbund (OKB) den Turnus von zwei Jahren verlassen. „Wir wollen mit der Ausnahme in diesem Jahr der alten Hauptstadt der Oberen Pfalz unsere Referenz erweisen“, hatte Dr. Wilhelm Weidinger, Präsident des OKB, im Vorfeld betont.

Laut OKB ist der Begriff Nordgau um rund 200 Jahre älter als die erste urkundliche Erwähnung Amberg. Vom Nordgautag „in der kulturell besonders lebhaften Hochschulstadt Amberg“ erhofften sich die Organisatoren eine breite Wirkung des reichen Angebots aus allen Bereichen Oberpfälzer Kultur. Und tatsächlich wurde die Veranstaltung zu einem großen kulturellen Ereignis. Nicht nur die reiche Amberger Geschichte, sondern auch zeitgenössische bildende Kunst, Architektur, Musik und Wissenschaft standen im Mittelpunkt.

Einsatz für Heimatpflege

Nach der offiziellen Eröffnung im Rathausaal durch Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer eröffnete ein Konzert im Congress Centrum den festlichen Reigen. Die Pianisten Prof. Kurt Seibert und sein Sohn Christian spielten zusammen mit den Musici de Praga. Der folgende Tag stand im Zeichen der Kultur: Auf dem Programm standen eine Diskussion zum Thema „Architektur als Standortfaktor“, der Amberger Hochschulnachmittag, ernste Musik im Congress Centrum sowie volksmusikalische Klänge im Malteser-Saal. Tags darauf startete ein Nordgautag am Amberger Marktplatz. Abends sangen Chöre im Kongregationssaal, gaben sich junge Musiker ein Stelldichein im Szenelokal.

Nach Festgottesdiensten ging am Abschlussfest im Congress Centrum ein Festakt mit Verleihung der Nordgautage über die Bühne. Über die Anerkennung konnten sich in diesem Jahr Raimund W. Sterl, Komponist, Prof. Günter Dollhopf, Künstler, das Architekturbüro Brückner und Brückner, sowie Landtagspräsident a. D. Johann Böhm freuen. Die Nordgautage werden für den Einsatz für Heimatpflege und die Förderung des Nordgautagedankens verliehen. Als Festrednerin war Europaministerin Emilia

in der Regel auch persönlich etwas gewinnen für ein erfülltes Leben. Teilnehmen können an den „Freiwilligendiensten aller Generationen“ Interessierte, die sich über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten mit acht Stunden wöchentlich engagieren wollen.

Dass unser Gemeinwesen auf den Einsatz Ehrenamtlicher angewiesen ist, mag abschließend eine Zahl deutlich machen. Eine Studie hat kürzlich errechnet, dass sie in Deutschland weit über vier Milliarden Stunden pro Jahr an Arbeit investieren. Die Wertschöpfung dieses Engagements haben die Autoren mit knapp 35 Milliarden Euro errechnet. Ehrenamtliche engagieren sich zwar nicht, weil man ihre Arbeit in Stundenlöhne und Wertschöpfung umrechnen kann, aber Werte schaffen sie, und die gewaltigen Zahlen geben eine Ahnung von dem Geleisteten. **□**

Müller angereist. Sie würdigte die facettenreiche Kultur des Nordgautags im vereinten Europa.

Nachmittags stand Amberg im Zeichen eines grandiosen Festzuges, zu dem sich mehr als 10.000 Besucher einfanden. Mitten durch die historische Altstadt bewegte sich der Kilometer lange Zug. Über 200 Gruppen aus dem Nordgau des ehemaligen Herzogtums Bayern waren in Bewegung. Die Oberpfalz, das Sechshämterland, das obere Vogtland und das Egerland präsentierten ihre gemeinsame Kultur. Die Kulturschaffenden demonstrierten damit, dass sie auch weiterhin die verbindenden Elemente der alten Region nördlich der Donau hoch halten wollen. „Ein würdiger Abschluss von vier ereignisreichen Kulturtagen“, hoben Veranstalter Dr. Wilhelm Weidinger und Rathauschef Wolfgang Dandorfer übereinstimmend hervor. **DK**

GEMEINSCHAFTLICHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Röhlke

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Von der Vision zum konkreten Projekt

Landkreis Mühldorf am Inn für die Bildungsinitiative „Lernen vor Ort“ ausgewählt

Der Landkreis Mühldorf wurde für die Bildungsinitiative „Lernen vor Ort“ ausgewählt. Ingesamt hatten sich 150 Kommunen für das Projekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Kooperation mit Stiftungen durchgeführt wird, beworben. 40 Kommunen erhielten den Zuschlag, darunter 23 kreisfreie Städte und 17 Landkreise.

Im Rahmen eines Empfangs wurde Landrat Georg Huber von der Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Cornelia Quennet-Thielen, die Urkunde überreicht. Das Konzept des Landkreises Mühldorf (eine Kurzbeschreibung finden Sie in der Anlage) steht unter dem Motto „Mühldorfer Bildungsnetz – individuell, regional, zukunftsfähig.“

Entstanden ist die Idee eines regionalen Bildungskonzeptes zu einem Zeitpunkt, als das Programm noch gar nicht ausgeschrieben war. Als sich im Oktober 2007 der neue Schulleiter der Fachakademie für Sozialpädagogik Mühldorf des Diakonischen Werks Traunsteins, Erwin Gäb, bei Landrat Georg Huber vorstellte, wurden im Verlauf dieses Gesprächs die schwierigen Bedingungen und die oftmals fehlende Vernetzung der regionalen Bildungslandschaft beklagt. Laut Erwin Gäb liegt dieses Problem vor allem darin, dass es keine gemeinsame Vorstellung von Bildung gäbe.

Mit einem regionalen Bildungssymposium, das vom Landkreis und dem Diakonischen Werk Traunstein vor kurzem veranstaltet wurde, sollten die Bildungsträger im Landkreis, aber auch die breite Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisiert werden. Das Symposium „Kinder und Familien stärken“ ebnete somit den Weg zu einer lernenden Region.

Im September 2008 wurde darüber hinaus ein Lenkungsgremium gegründet, das sich zunächst aus Vertretern des Landratsamtes,

der Diakonie und dem Schulamts zusammen setzte und später um Vertreter der Kirchen, des Kreisbildungswerkes, der Wirtschaft, der Gemeinden und der Agentur für Arbeit erweitert wurde.

Bei der Suche nach einem geeigneten Förderprogramm stieß man schließlich auf die Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und somit wurde aus dem regionalen Bildungskonzept das Projekt „Lernen-vor-Ort“. Während der Planungsphase wurden bereits erste Maßnahmen wie zum Beispiel eine Bedarfsermittlung von Fortbildungen für Personal in Kindergärten sowie eine Fragebogenaktion für Lehrkräfte an Grundschulen durchgeführt.

Mutiger Schritt

Erwin Gäb, Schulleiter der Fachakademie, betonte dabei die gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis. „Der Landkreis hat den mutigen Schritt gewagt und die Diskussion um die pädagogische Bildung verstärkt und regionalisiert. Mit der Unterstützung durch das Projekt Lernen vor Ort können wir nun konkret in die Umsetzung gehen.“

Die große Freude über die Auswahl für die Bildungsinitiative war Landrat Georg Huber anzusehen. „Die intensiven Bemühungen haben sich gelohnt“, mit diesen Worten dankte er allen am Projekt Beteiligten für ihr großes Engagement. „Der Zuschlag für die Initiative „Lernen vor Ort“ ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg für eine lernende Region“, so der Landrat abschließend. **□**

Tausende nette Nachbarn in Regensburg

„ReNeNa“ will Aktivitäten bündeln, vernetzen und weiterentwickeln

Regensburg. (osr) Sie besuchen Kranke, organisieren Kaffeenachmittage für Alleinstehende, helfen bei schriftlichen Angelegenheiten oder Behördenbesuchen, begleiten zum Arzt, übernehmen kleinere Reparaturen im Haushalt oder haben Lösungen bei Computerproblemen - nette Nachbarn sind in allen Stadtteilen Regensburgs zuhause. Klar ist aber auch: Keiner kann alles! Deshalb gab Bürgermeister Joachim Wolberg jetzt den Startschuss für „ReNeNa – Regensburgs Nette Nachbarn“. Die hier Beteiligten helfen sich gegenseitig und erweitern so ihren Wissensstand nach dem Motto: „Gemeinsam sind wir stark.“

„Dieses tausendfache Engagement ist eine starke Basis, die genutzt werden kann und muss, damit noch mehr Menschen aktiv werden. Menschen, die mit ihrem enormen persönlichen Einsatz die Lebensbedingungen tatkräftig mitgestalten und eine lebendige, aktive und einander zugewandte Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern schaffen, die wieder näher zusammenrücken“, sagte Wolberg. Solches Engagement könne auch der reichste Sozialstaat nicht ersetzen.

Das Projekt, das in Regensburg ReNeNa getauft wurde, beruht auf dem Freiwilligendienst aller Generationen unter dem Leitmotiv „Engagement schlägt Brücken“, den Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen zum Jahresbeginn ins Leben gerufen hat. Zusammen mit 45 weiteren deutschen Städten beteiligt sich Regensburg an diesem Leuchtturmprojekt, das Menschen aller Altersgruppen motivieren soll, sich in ihrem Lebensumfeld einzubringen, ganz egal

wie alt sie sind und woher sie kommen. Quasi wie ein Leuchtturm soll es eine zukunftsweisende Idee ausstrahlen und weiterverbreiten.

Vorrangiges Ziel von ReNeNa ist es, älteren Menschen ein möglichst langes selbst bestimmtes Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Dazu sind sie aber häufig auf Hilfen im und für den häuslichen Bereich angewiesen, die wohnungsnah und unbürokratisch abgerufen werden können.

„Wir wollen niemandem etwas wegnehmen“, machte Wolberg deutlich. Kooperation und Vernetzung bereits bestehender und neu geplanter Aktionen mit den verschiedensten Partnern sind ein Grundprinzip von ReNeNa. Vorgesetzt ist darüber hinaus die fachliche Einbindung und der Einsatz von freiwilligen „Stadtteilkümmern“, die eng mit den zuständigen Beratungs- und Fachdiensten zusammenarbeiten.

Aber auch jeder einzelne Interessierte kann sich einbringen und

Tourismusverband Franken e. V.:

Positive Jahresbilanz

Mitgliederversammlung in Bayreuth
Verbandsvorsitzender Herrmann: Verhaltener Start in die Saison 2009

Seine Erfolgsgeschichte im vergangenen Jahr nahtlos fortgesetzt hat der Tourismusverband Franken e.V. Wie dessen Vorsitzender, Staatsminister Joachim Herrmann, anlässlich der Mitgliederversammlung in Bayreuth darlegte, „konnten wir trotz der sich bereits im Herbst abzeichnenden globalen Wirtschaftskrise den positiven Trend der letzten Jahre mit einem Zuwachs von 1,2 Prozent bei den Übernachtungen fortsetzen“. Vor allem habe hierzu der Inlandtourismus mit einem Plus von 1,3 Prozent zu dem über dem bayerischen Durchschnitt liegenden Jahresergebnis beigetragen.

Laut Herrmann stieg seit 1987 (16,6 Millionen) die Zahl der Übernachtungen auf rund 19,3 Millionen im Jahr 2008. Einer der Hauptgründe für die positive Entwicklung der fränkischen Tourismusbranche ist nach seiner Einschätzung vor allem die konsequente Ausrichtung der Marketingarbeit. So seien die Produktlinien „Franken aktiv: erleben“ und „Franken Kultur“ hervorragend angenommen worden.

Radfahren boomt

Insbesondere boome das „Radfahren“ weiter. Mit rund 600 als fahrradfreundliche zertifizierten Betrieben hätten die drei fränkischen Regierungsbezirke bundesweit eine Spitzenstellung inne. Besonders der Main-Wanderweg von den beiden Quellen bei Bayreuth über Kulmbach, Bamberg, Würzburg und Aschaffenburg erweise sich dabei als echter Renner. Der Weg sei im zurückliegenden Jahr als nach wie vor einziger Fernradweg vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) mit fünf Sternen zertifiziert worden. Als weiteres Plus für Franken bezeichnete der Minister die frän-

kische Kompetenz beim Thema Wandern. Mit den zwei neuen Fernwanderwegen, dem Steigerwald-Panoramaweg und dem Europäischen Wasserscheideweg, habe sich die Zahl der zertifizierten Qualitätswege mittlerweile auf zehn erhöht.

Zertifizierte Angebote

Ein „Mega-Erfolg“ sei, so Herrmann, bereits jetzt die im Februar 2007 gestartete und zumindest in Deutschland einzigartige Kampagne „Franken – Wein.Schöner.Land!“ für genussorientierte Gäste und Weinfreunde. Das Konzept für Reisen zum Frankenwein setzt in allen Bereichen auf herausragende Qualität. Herrmann: „Mit der konsequenten Qualitätsorientierung ist der richtige Schritt in eine Erfolg versprechende Zukunft getan. So dient die Kampagne dem nachhaltigen Ziel einer beständigen Qualitätsverbesserung und damit verbunden, einer Steigerung der Gäste- und Umsatzzahlen.“ Zwischenzeitlich werden in der Premiumbroschüre „Reisen zum Frankenwein“ rund 214 zertifizierte Angebote präsentiert.

Jahresbericht Landratsamt Bamberg:

Im Zeichen des Wandels

2008 stand für Landrat Dr. Günther Denzler im Zeichen des Wandels. Wie er in seinem Vorwort zum jüngst vorgelegten Jahresbericht des Landkreises Bamberg beschreibt, „begann es schon im Februar damit, dass ich selbst vom End-Fünftziger zum Anfangs-Sechziger wurde“. Einige Monate später wurde die politische Landschaft aufgrund der Beendigung vertrauter Mehrheitsverhältnisse und dem Auftauchen neuer Gesichter bei den Landtagswahlen im Freistaat kräftig durcheinander gewirbelt. „Vor diesem Hintergrund bedeutet mir das anhaltende Vertrauen der Wählerinnen und Wähler, die mich zunächst als Landrat und später auch im Bezirk bestätigt haben, sehr viel“, so Denzler.

Im Kreistag sei es sehr schnell gelungen, zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit zu finden. Die anfangs befürchteten parteipolitischen Grabenkämpfe blieben aus; stattdessen sei eine sachorientierte Gesprächskultur entstanden.

Weniger plötzlich als Wahlergebnisse, dafür umso tief greifender werden sich Klimawandel und demographische Entwicklung auswirken. Im Landratsamt Bamberg beschäftigt man sich deshalb bereits intensiv mit beiden Themen: Im Rahmen der Klimaallianz wird gemeinsam mit der Stadt Bamberg an nachhaltigen Lösungen für die gesamte Region gearbeitet. Zur Bevölkerungsentwicklung verschaffte sich das Landratsamt mit dem MODUS-Bericht eine punktgenaue Datengrundlage, aus der verschiedene Projektgruppen die künftigen Herausforderungen ableiten und Ideen entwickeln.

Familie und Bildung

Familienstrukturen und Bildungswesen - beides befindet sich im Umbruch und beides ist wichtig, damit der Landkreis für junge Menschen attraktiv bleibt. Deshalb wurde auch im vergangenen Jahr wieder kräftig investiert: Mit der Einrichtung von Ganztagsangeboten, mit Familienhebammen oder der Jugend-

sozialarbeit an Schulen soll Familien ihre Erziehungsarbeit erleichtert werden. Zudem soll die Sanierung von Schulen dazu beitragen, moderne Bildungsstandards einzuhalten.

Gute Positionierung

Auf fünf Jahre erfolgreiche Familienpolitik blickte der Familienausschuss des Landkreises Bamberg im April 2008 zurück. Zu Beginn gehörte der Ausschuss bayerweit zu den ersten in dieser Form. Gut zwei Jahre später wurde das Landratsamt Bamberg von der Bayerischen Staatsregierung als „familienfreundliche Verwaltung 2005“ ausgezeichnet. Mittlerweile hat sich der Landkreis im familienpolitischen Bereich gut positioniert und sich einen Ruf bis über die Landkreisgrenzen hinaus erworben. „Das liegt vor allem an kontinuierlich hohen Engagement der Mitglieder“, lobte Landrat Dr. Günther Denzler bei der Jubiläumssitzung.

„Mehr Zeit für Kinder - Familie im Zentrum“ ist das grundlegende Motto der Arbeit des Gremiums. Ziel ist es stets, die Lebensbedingungen für Familien im Landkreis zu verbessern. Einige neue Anregungen gab den Ausschussmitgliedern ein Festvortrag von Dr. Barbara Thiesens, Grundsatzreferentin für Fa-

Als verhalten bewertete der Verbandsvorsitzende indes den Start in die Saison 2009. Die globale Wirtschaftskrise habe mittlerweile auch die Tourismusbranche erreicht. Die Auswirkungen seien mit einem Minus von 5,9 Prozent bei den Übernachtungen in den ersten vier Monaten dieses Jahres bereits zu spüren. Insbesondere der Geschäftsreiseverkehr sei eingebrochen. „Das bedeutet einen Rückschlag“, meinte Herrmann, der aber angesichts der negativen Entwicklung davor warnte, in Resignation zu verfallen. „Wir müssen jetzt um jeden Gast kämpfen.“

Eine weitere Herausforderung liege im demographischen Wandel. Herrmann rief alle Verantwortlichen dazu auf, sich frühzeitig in der Angebotsgestaltung und im Marketing auf die 50 Plus-Generation einzustellen.

Qualitätssiegel

Als absolute Voraussetzung für eine erfolgreiche touristische Arbeit nannte Herrmann „grundsätzlich und bei jeder einzelnen Maßnahme ein hohes Qualitätsniveau“. Dies habe der Tourismusverband Franken e.V. frühzeitig erkannt. Beispiele seien die Zertifizierung der Tourist Informatoren, die Fränkische Tourismus Akademie oder die Etablierung und Zertifizierung von Rad- und Wanderwegen. Derartige Qualitätssiegel gäben dem anspruchsvollen Touristen einen Maßstab für die Auswahl des Reiseziels an die Hand. „Franken hat sich als Destination mit hochwertigen Angeboten für genussorientierte Gäste profiliert“, unterstrich der Vorsitzende.

Erfolgsstory

Sicher ist sich Herrmann auch, dass „wir die Herausforderungen des Tourismusmarktes kennen und bestens darauf vorbereitet sind.“ Zusammen mit starken Partnern wie dem Verkehrsverband Großraum Nürnberg (VGN), der Gebietsweinwerbung Fran-

milienpolitik am Deutschen Institut München. Zu dem Thema „Kommunale Familienpolitik im sozialen Wandel“ skizzierte sie neue Anforderungen an Familien, wie die Belastung durch arbeitsbedingte Umzüge. Durch die rasante Entwicklung neuer Medien würden die Lebensweiten zwischen Kindern und Eltern immer mehr auseinanderdriften.

Gezielte Koordinierung

„Die Familie ist keine Insel der Seligen. Sie ist immer stärkeren Belastungen ausgesetzt“, so Thiesens. Aus ihren Erläuterungen leitete sie einige Anhaltspunkte für eine zukunftsfähige familienfreundliche Kommunalpolitik ab. Familien bräuchten insbesondere im ländlichen Raum eine ganz gezielte Koordinierung zwischen öffentlichen „Taktgebern“ - Kinderbetreuungseinrichtungen beziehungsweise Schulen - und Betrieben. Eine Neuausrichtung der Arbeitszeitpolitik auf „Alltagszeiten“ der Familien, eine hohe Qualität bei der Kinderbetreuung sowie integrierte unterstützende Angebote seien enorm wichtig, wenn man Lebenssituationen von Familien verbessern wolle.

In der Vergangenheit wurde den Kommunen oft Kirchturndenken vorgeworfen. Inzwischen kann man laut Denzler feststellen, dass es vielerorts den unterschiedlichsten interkom-

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wie oft soll ich das noch sagen: Mein Büro ist eine flip-flop-freie Zone!“ Mein Chef, der Bürgermeister, ärgerte sich über unsere Praktikantin, die kreuzfidel mit trendigen Plastikschlappen durch das Büro latscht, obwohl wir ihr eigentlich den ungeschriebenen Dresscode des Bürgermeisterbüros eingeschärft hatten.

Latschen ist ja tatsächlich der einzige Ausdruck, der die Fortbewegung mittels der modisch aufgepeppten Badeschlappen einigermaßen zutreffend beschreibt. Schlürfen vielleicht noch. Gehen bestimmt nicht. Und das macht die Dinge einfach zu einer ästhetischen Vollkatastrophe im Büro.

Mir ist schon klar, dass die Zehensteigsandale, so die korrekte Klassifizierung, zu den ältesten und traditionellsten Fußbekleidungen der Menschheit (Abteilung weiblich) gehört. Bereits auf alt-ägyptischen Darstellungen kann man sie erkennen und in Japan gehören sie nach wie vor untrennbar zu den überlieferten Kleidungsstücken, die auch zeremoniell getragen werden.

Von ästhetischen Unzulänglichkeiten

Aber die Japanerinnen schlagen ihre Füße dabei in eine Art Socke ein, so dass allfällige optische Unzulänglichkeiten kaschiert werden.

Denn was im Schwimmbad oder am Strand wurscht ist, kann für den wemgleich nur flüchtigen Betrachter sandalenbeschuhter Füße in der Stadt oder im Büro zum Geschmacksproblem werden: Krumme, unlackierte Zehen, fleischige Fesseln, hervorstehende Adern. Man muss halt als Frau auch ein wenig selbstkritisch an solche modischen Accessoires herangehen – egal ob es Flip-Flops, Gladiatoren- oder Gehwalsandalen sind.

Der absolute Brüller sind aber Männer, die sich in solchen Zehentangas auf die Straße wagen. Das Verhältnis von Mann und Sandale ist ja ästhetisch alles andere als spannungsfrei. Ich selbst gehöre der Fraktion von Frauen an, die



ihren Freund am Verlassen der Wohnung hindern würden, wenn er zu kurze Hosen, Socken und Sandalen anziehen würde. Andererseits kann ich natürlich das Argument nicht von der Hand weisen, dass im Zuge der Gleichberechtigung auch der Mann etwas mehr Freiraum bei der Kleidung braucht. Ich bedauere meinen Chef ja auch, wenn bei den offiziellen Treffen der Landkreisbürgermeister im Sommer er und seine männlichen Kollegen im Anzug dasitzen, die Bürgermeisterinnen aber in luftigen Sommerkleidern und dabei genauso korrekt angezogen sind, wie ihre schwitzenden Kollegen.

Aber ein Männerfuß gehört in einen Halbschuh! Und es gibt doch so viele schöne leichte Modelle: Wildledermokassins, Sneaker, Colledge-Slipper. Der Latin-Lover bringt weibliche Fantasien zum Blühen, wenn er ohne Socken in weichen Lederschuhen steckt, nicht der Bubi, der auf bunten Plastiksohlen den Kiesweg herunterstakt.

Natürlich kann man über Geschmack nicht streiten und ich bin gerne bereit zuzugeben, dass man auch über Schuhmode und Fußbekleidung verschiedener Meinung sein kann. Aber es gibt halt einfache Orte, da sollte man sich aus Respekt vor den anderen und deren ästhetischen Gefühl so kleiden, wie es angemessen ist und nicht seine eigene Bequemlichkeit oder sein modisches Empfinden zum Maßstab machen. Das gilt fürs Büro ebenso wie auch für Restaurants oder Kirchen.

Mein Chef, der Bürgermeister, schaut mich dennoch etwas selbstkritisch an und fragt, ob wir da nicht etwas almodisch und von Gestern sind. Ich sag's ganz ehrlich: Bevor ich jeden Blödsinn mitmache, bin ich gerne auch mal almodisch. Außerdem halte ich es mit Franz Kafka auf dem heutigen Kalenderblatt: „Jeder, der sich die Fähigkeit erhält, Schönes zu erkennen, wird nie alt werden.“

the
Sabriul

kenwein-Frankenland GmbH, der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH oder dem Haus der Bayerischen Geschichte könne auch in Zukunft „die fränkische Erfolgsstory weitergeschrieben werden“. In Franken sind zuletzt sieben Milliarden Umsatz pro Jahr erzielt worden, über 170.000 Menschen verdienen ihren Lebensunterhalt im Tourismus. **DK**

munalen Kooperationen Platz macht. Fest etabliert hat sich eine solche Zusammenarbeit beim Landkreis Bamberg im Rahmen der Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim (WiR) und der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN). In den vergangenen beiden Jahren hatte der Landkreis Bamberg die Geschäftsführung innerhalb der WiR inne und konnte eine anscheinliche Bilanz vorlegen.

Gesundheitsregion

Die Gesundheitsregion Bamberg e. V. ist im November 2008 als einzige bayerische Gesundheitsregion mit dem GenoPortalAward 2008 ausgezeichnet worden. Der Verein erhielt ein Preisgeld von 1.000 Euro. 23 Regionen hatten sich bundesweit an dem Wettbewerb beteiligt. Die Gesundheitsregion Bamberg e. V. besteht bereits seit dem Jahr 2004 und ist ein Netzwerk, dessen Ziel es ist, die wohnortnahe, qualitätsorientierte medizinische Versorgung zu erhalten und auch weiter auszubauen. Das medizinische Angebot vor Ort wird zunehmend ein weicher Standortvorteil für das Wachstum und die Lebensqualität in der Region sein.

„Der Wandel des Landratsamtes von der Vollzugsbehörde zum kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen mag auf den ersten Blick längst abge-

schlossen erscheinen, trotzdem gilt es, mit den Anforderungen der Zeit Schritt zu halten“, fährt Landrat Denzler fort.

Vorreiter im Finanzwesen

Eher voraus marschiert der Landkreis dabei in Sachen Finanzwesen: In atemberaubender Geschwindigkeit konnte auch der erste doppische Jahresabschluss erstellt und damit das DreiSystem der Doppik mit einer Ergebnis-, Finanz- und Vermögensrechnung (Bilanz) komplettiert werden. Der Abschluss wurde im November 2008 bereits durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband überörtlich geprüft und akzeptiert. „Auch diese Herausforderung haben wir ohne externe Beratung zügig gemeistert. Ich bin stolz auf meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Käm-

meri, aber auch sehr dankbar für die tatkräftige Unterstützung durch die AKDB“, ist der Landkreischef voll des Lobes.

Zum Ende des Jahres 2008 stand der Landkreis Bamberg hervorragend da. „Wir hatten eine sensationell niedrige Arbeitslosenquote; im November erreichte sie mit 3,0 Prozent sogar den niedrigsten Stand seit ich Landrat bin“, so Denzler. Firmen hätten wieder kräftig investiert und die Kaufkraft sei weiter gestiegen. Solch positive Nachrichten werde es 2009 vermutlich nicht mehr zu vermelden geben. „Die globale Wirtschaftskrise wird uns nicht völlig verschonen; aber sie lässt sich von dem erreichten hohen Niveau hoffentlich besser verkraften. Dass sie der Landkreis bestmöglich übersteht, dafür werde ich alles in meiner Kraft Stehende tun!“ **DK**

10 Jahre Erfolgsgeschichte BioPark Regensburg

Bayerns Europaministerin Emilia Müller hat beim Jubiläum 10 Jahre BioPark Regensburg die Vorreiterrolle der Stadt bei der Entwicklung der Biotechnologie in Bayern gewürdigt.

Müller: „Regensburg ist ein Leuchtturm der Biotechnologie in Bayern. Mit der Gründung des BioParks Regensburg im Jahr 1999 haben die Stadt Regensburg und ihr Oberbürgermeister visionären Weitblick bewiesen. Der Erfolg hat ihnen Recht gegeben: Der Cluster BioRegio Regensburg, der vom BioPark aus koordiniert wird, hat sich in den vergangenen zehn Jahren mit 40 Firmen und über 2.500 Beschäftigten zum zweitgrößten Cluster in Bayern nach München entwickelt. Das ist auch ein beeindruckender Leistungsnachweis für die ganze Oberpfalz.“

Der BioPark Regensburg fördert seit 10 Jahren in enger Partnerschaft mit der Universität die Biotechnologie im Raum Regensburg. Die Kapazitäten der bestehenden Gebäude BioPark I und BioPark II sind mittlerweile voll ausgelastet. Müller: „Die Erfolgsgeschichte des BioParks geht ab Herbst 2009 mit der Errichtung des Gebäudes BioPark III weiter. Hierfür stehen öffentliche Fördermitteln von rund 12,9 Millionen Euro bereit. Der BioPark wird auch in Zukunft mit seinen Erfolgen für Regensburg und die Oberpfalz Weichen stellend sein.“ **□**

Erstausgabe der EhrenamtsCards

Ministerpräsident Horst Seehofer und Landrat Theo Zellner überreichten erste Karten

„Was wäre die Welt ohne die Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht?“ Diese Frage von Hans Bialer besitzt mehr Aktualität denn je, in einer Zeit, in der viele Menschen das Gefühl haben, dass alles härter und kälter wird. Der Bedarf an ehrenamtlichem Engagement steigt unaufhaltsam. Soziales Ehrenamt und Selbsthilfe sind für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft nach wie vor von großer Bedeutung. Sie sind unverzichtbare Bausteine des sozialen Netzes und sichern Zuwendung und Hilfe von Mensch zu Mensch. Jeder, der sich auch nur annähernd mit der Thematik beschäftigt, weiß das und ist dafür mehr oder weniger lautstark dankbar.

Bürgerschaftliches Engagement braucht aber nicht nur Lobhudelei in Sonntagsreden, es braucht vor allem Anerkennung. Auch das hat die Politik erkannt. Mit der EhrenamtsCard, die der Landkreis Cham im Auftrag des Sozialministeriums für ganz Bayern im Modell konzipiert hat und nun auch erprobt, scheint ein geeignetes Instrument gefunden, um den Ehrenamtlichen mehr als nur mit Worten „Danke“ zu sagen.

500 Vergünstigungen mit EhrenamtsCard

Mit der EhrenamtsCard können rund 500 Vergünstigungen in Anspruch genommen werden, die sich nahezu in allen Lebensbereichen wiederfinden. Doch damit ist es nicht getan: Bezeichnenderweise sind es wiederum Freiwillige aus dem Landkreis Cham, die im Projekt „Freiwilligendienste aller Generationen“ damit beschäftigt sind, dieses Netz der Einsatzstellen zu erwei-

tern und die EhrenamtsCard täglich attraktiver machen.

Nun wurden die ersten Exemplare dieser EhrenamtsCard ausgegeben. Die landesweite Bedeutung des Projektes kommt dadurch zur Geltung, dass zur Erstausgabe kein geringerer als Ministerpräsident Horst Seehofer nach Bad Kötzing (Landkreis Cham) gereist war. 250 Landkreisbürger, die sich ehrenamtlich engagieren, hatten dabei ihren großen Auftritt.

Hohes Engagement

Im Haus des Gastes überreichten Ministerpräsident Horst Seehofer und der Chamer Landrat Theo Zellner die ersten EhrenamtsCards an Bürger, die seit mindestens drei Jahren ehrenamtlich aktiv sind und dafür zu mindestens 250 Stunden Zeit pro Jahr investieren. Engagierte, die sich bereits seit mehr als 20 Jahren gemeinwohlorientiert betätigen, erhielten die goldene Aus-

führung der Vorteilskarte. Auf sehr charmante Weise führte Beatrix Rabl, Moderatorin der BR-Sendung „Helden des Alltags“ und damit zweifelsfrei „Ehrenamtsfachfrau“ durch den Abend.

Vorreiterrolle Chams

„Fast auf den Tag genau vor neun Jahren habe ich im Landratsamt den Treffpunkt Ehrenamt als Kontaktstelle der Öffentlichkeit vorgestellt“, blickte Landrat Theo Zellner auf die Anfänge zurück. „In diesen neun Jahren ist aus dem Treffpunkt Ehrenamt als anfänglicher Kontakt- im wahrsten Sinne des Wortes eine Entwicklungsstelle für bürgerschaftliches Engagement und ein verlässlicher Partner für das zuständige Ministerium und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen geworden“, so Zellner weiter. Der Landrat dankte dem Sozialministerium nicht nur für die finanzielle Unterstützung des Modellprojektes, sondern auch für das Vertrauen, dem Landkreis Cham wieder eine Vorreiterrolle zuzutrauen. „Es ist uns eine große Ehre, im großen Orchester des bürgerschaftlichen Engagements mitzuspielen zu dürfen“, betonte der Chamer Landrat.

Gemeinwohlorientierung

Ministerpräsident Horst Seehofer rechtfertigte in seiner Ansprache dieses Vertrauen, denn „...innerhalb der Staatsregierung wirst du, lieber Theo auch der Landrat des Ehrenamtes genannt.“ Seehofer bedankte sich bei „Zellners Ehrenamtlichen“ artig für ihre Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzubringen. Menschen, die ihre Freizeit für andere investieren, seien mit sich und ihrer Umwelt zufrieden. „Das Glück, das man anderen vermittelt, fällt auch wieder auf einen selbst zurück“, so brachte es der Ministerpräsident auf einen gemeinsamen Nenner. Seehofer ließ auch durchklingen, dass die Besitzer der EhrenamtsCards künftig auf Vergünstigungen des Freistaates hoffen dür-

fen, wenn sie die bayerischen Schlösser und Seen besuchen. Zwar hätten ihn die Beamten des Finanzministeriums vor Einnahmeausfällen gewarnt, aber: „Manchmal macht es mir eine große Freude, anders zu entscheiden, als es mir vorgelegt wird.“ Ein lang anhaltender Beifall der Gäste und ein genüssliches Schmunzeln der Verantwortlichen war dem Ministerpräsidenten für diese Aussage sicher.

Anerkennungskultur

Nach dem offiziellen Teil stand Seehofer bei seinem Rundgang durch den Saal im Mittelpunkt unzähliger Fotografen und Autogrammwünsche. Die Gelegenheit, ein gemeinsames Foto mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten machen zu lassen, ließ sich kaum ein mittlerweile stolzer EhrenamtsCard-Besitzer entgehen. Insgesamt empfanden alle Beteiligten den Abend als einen gelungenen Start in eine neue Ära ehrenamtlicher Anerkennungskultur, die hoffentlich viele Nachahmer finden wird.

Kommunen, die sich für das Konzept der EhrenamtsCard interessieren, können beim Chamer Treffpunkt Ehrenamt (Karlheinz Sölch, Tel. 09971/78-285 oder unter www.ehrenamtscard-bayern.de) jede gewünschte Unterstützung erwarten. □

EuRegio-Musikschulfest in Kloster Seon

Die sehr erfolgreichen EuRegio-Musikschulfeste in den Jahren 2000, 2003 und 2006 sind vielen Besuchern noch in guter Erinnerung. Auch heuer richteten im reizvollen Ambiente des Kultur- und Bildungszentrums Klosters Seon die Musikschulen im Gebiet der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein erneut das EuRegio-Musikschulfest aus. Gemäß dem Motto „Musik verbindet“ stellten Salzburger und bayerische Musikschüler und Musikschülerinnen ihr Können unter Beweis.

Die Veranstaltung wurde über den EuRegio-Kleinprojektfonds sowohl mit Mitteln aus der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG IVA als auch mit EuRegio-eigenen Mitteln finanziert. Außerdem unterstützte das Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seon die Veranstaltung. Mit einem vom Musikum Salzburg gestalteten Gottesdienst begann das Musikschulfest, das anschließend im Innenhof des ehemaligen Klosters durch den neuen EuRegio-Präsidenten Landrat Georg Grabner, Berchtesgadener Land (siehe Kasten), Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl und Musikum-Direktor Michael Seywald eröffnet wurde. Danach konnten die Besucher die Vielfalt der musikalischen Ausbildungsmöglichkeiten erleben.

Auf sechs verschiedenen Bühnen des ehemaligen Klosters

fand ein freies Musizieren statt. Dabei wurde der Bogen von der Klassik über die Volksmusik bis hin zu Jazz und Pop gespannt. Erstmals wurden heuer die Klosterkirche und die Kirche St. Walburg für geistliche bzw. barocke Musik geöffnet. Außerdem traten in einem Cafe-Bistro kleinere Jazzensembles auf. Darüber hinaus wurde in der Grundschule Seon ein Blasmusikworkshop angeboten, den junge Bläser und Bläserinnen nützten, um ihre Technik auszuweiten. DK

EuRegio-Wahlen

Bei der 25. Sitzung des EuRegio-Rates wurde der Landrat des Landkreises Berchtesgadener Land, Georg Grabner, einstimmig zum neuen Präsidenten der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein gewählt. Alle vier Jahre wechselt das Präsidentenamt zwischen der Salzburger und der bayerischen Seite. Seit 2005 hatte der Neumarkter Bürgermeister Dr. Emmerich Riesner das Präsidentenamt inne, er wurde nun zum Vizepräsidenten gewählt. Die weiteren sechs Mitglieder des Präsidiums sind Bürgermeisterin Bettina Mitterer (Lofer), Bürgermeister Dr. Heinz Schaden (Salzburg), Bezirkshauptmann Reinhold Mayer (Salzburg-Umgebung), Landrat Hermann Steinmaßl (Landkreis Traunstein), Bürgermeister Konrad Schupfner (Tittmoning) sowie Bürgermeister Josef Flatscher (Freilassing). DK



Stolz präsentierten sich EhrenamtsCard-Inhaber des SV Wilting beim Gruppenbild mit Ministerpräsident Horst Seehofer (2. v. l.) und Landrat Theo Zellner (2. v. r.) in Bad Kötzing. □

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 23. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Winterdienst-Planung, Kommunalfahrzeuge
- EDV, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Fachliteratur • Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
 Briefmarkenauctionshaus Schulz
 Frauentorgärten 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
 Möblierung für Aussen
 • Abfallbehälter
 • Absperrpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbänke u.a.
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
 Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
 www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Fahrradabstellanlagen



Geschenke für Neugeborene

kerler

Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt!

z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Kerler GmbH
 Schwanthaler Straße 100, 80336 München
 Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
 post@kerler.de www.kerler.de

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
 Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
 E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
 Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
 E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
 Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
 Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
 www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
 Daimlerstraße 18
 92533 Wernberg-Köblitz
 Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
 E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER

Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
 Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
 Tel.: 09 81/ 18 06 0
 Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung - planung - vertrieb
 grünware - lichtschlauch - led
 gerasmühler str. 23
 90547 stein
 telefon: 0911/69 39 65
 telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
 Vertragspartner für **schleifer**
 Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!